

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schram.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Börsenstraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate
für die sechsgepaltene Colonetzelle oder deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **213 000** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Kapitalkonzentration und Gewerkschaftszerplitterung.

In dem Riesenkampf des Ruhrbezirks boten die Lager der beiden Parteien sehr verschiedene Bilder. Auf der einen Seite stand eine wie aus einem Guß geschaffene einige und einheitliche Kapitalmacht, das Kohlenyndikat, das eine, ja die wirtschaftliche Großmacht innerhalb des Deutschen Reiches, einen Staat im Staate darstellt; auf der anderen Seite standen 268 000 Bergarbeiter, eine riesige lebendige, menschliche Arbeitskraft, eine gewaltige Summe von Intelligenz, eine große Masse Männer, Staatsbürger und Vaterlandsverteidiger, aber keine geschlossene Arbeitsmacht zur einheitlichen und wirksamen Interessenvertretung der Arbeiter, sondern nur ein großes, teils in verschiedenen Organisationen zerstücktes, teils ganz unorganisiertes Arbeiterheer.

Das Kohlenyndikat umfaßt nur zirka 80 Mitglieder, aber mit ihren 200 Zechen, mit ihren vielen Betriebsmitteln und mit ihrem einigen Willen bilden sie eine starke, schier unnehmbare Festung für die große Arbeiterarmee von rund 270 000 Mann. Dabei ist die Zahl der Kohlenbarone noch in fortwährender Abnahme begriffen. Als im Jahre 1893 das Kohlenyndikat gegründet wurde, gab es im Deutschen Reich noch 407 Steinkohlenzechen, 1903 aber gab es deren nur noch 303, ihre Zahl hat sich innerhalb eines Jahrzehntes um rund 25 Prozent vermindert. Gleichzeitig stieg die Zahl der Steinkohlenarbeiter von 289 415 auf 470 305, die Menge der Produktion von 71,37 auf 116,63 Millionen Tonnen, der Produktionswert von 526,97 auf 1 005,15 Millionen Mark. Diese Zahlen veranschaulichen ein riesiges Wachstum aller Verhältnisse, wovon einzig die Zahl der Produktionsanlagen, der Kohlengruben eine Ausnahme macht. Aber gerade diese Ausnahme veranschaulicht so recht die großkapitalistische Entwicklungstendenz, die Konzentration der Produktion in einer kleinen Anzahl von Großbetrieben. So kamen 1892 auf eine Kohlenzeche durchschnittlich 711 Bergarbeiter, 1903: 1554; die Jahresproduktion in Mengen stieg von 175 361 auf 384 743 Tonnen, der Wert der Produktion von 1 294 790 auf 3 317 336 Mk. für jede Kohlengrube im Durchschnitt. Dabei stiegen die Kohlenpreise von 7,83 Mk. in 1894 auf 10,30 Mk. in 1902, die Gewinne der Aktiengesellschaften bei reichlichen Abschreibungen und Lantien bis zu 75 Prozent Dividenden und der Kurswert der Aktien der Kohlengesellschaften um das Vielfache. So hatten die 7 1/2 Millionen Mark Nennwert der Bergwerksgesellschaft Krenberg Ende 1903 einen Kurswert von 56,75 Millionen Mark. Und ähnliche Verhältnisse bestehen bei den anderen Gesellschaften. Der in diesen Tagen so viel genannte Kohlenkönig Sinnes wird auf viele Hunderte von Millionen Mark geschätzt. So wird aus dem Schweiß, aus den Knochen der Arbeiter Gold gemünzt. Wohl sind die Arbeitslöhne der Bergarbeiter in den genannten Zeiträumen auch gestiegen, so für die Hauer von 3,71 Mk. pro Schicht in 1893 auf 4,98 Mk. in 1901; für die Schlepper von 2,59 auf 3,35 Mk.; für die oberirdisch beschäftigten Arbeiter von 2,70 auf 3,32 Mk. Diese Lohnsteigerung ist an sich nicht hoch, auf keinen Fall entspricht sie der Steigerung des Kapitalgewinns. Die Löhne in der genannten Höhe entsprechen auch gar nicht der gewaltigen Arbeitsleistung, den Unannehmlichkeiten und den Gefahren der Grubenarbeit. Zu allem Überflus sind aber alle diese Lohnangaben auch unzuverlässig und übertrieben, weil in den Lohnsummen der Bergarbeiter auch die hohen Löhne und Gehälter der Bergbeamten inbegriffen sind, wodurch der Durchschnitt ganz unverhältnismäßig gesteigert wird und die Angaben gefälscht werden. Ein richtiges Bild von den Lohnverhältnissen der Bergarbeiter geben einzig ihre Zahltagsettel und wenn diese von 60, 80 Mk. u. f. w. pro Monat erzählen, so erfährt man, wie elend sie entlohnt werden.

So ist das Kohlenyndikat für seine Mitglieder zu einem vorzüglichen Mittel geworden, die menschliche Arbeitskraft wie eine Zitrone bis auf den letzten Tropfen auszupressen, andererseits die Konsumenten durch Regelung der Produktion und der Preise, wobei das Ausland billige, das Inland Wucherpreise bezahlen muß, zu plündern und so auf Kosten der Gesamtheit Millionen auf Millionen an Gewinnen zu häufen. Das Kohlenyndikat ist auf dem besten Wege, durch seine Produktions- und Preispolitik wie durch seinen gewaltigen Terrorismus gegenüber allen anderen Interessenten auch die Eisen- und Stahlproduktion (Hütten- und Walzwerke u.) sich anzugliedern und so zu den Hunderttausenden Bergarbeitern auch noch Hunderttausende Eisen- und Metallarbeiter sich dienstbar zu machen und zu unterjochen. Der große

Stahlwerkverband bildet zu dem Kohlenyndikat kein Gegenstück, sondern ein Seitenstück, da er die gleichen Ziele verfolgt. Der kürzlich für 1904 erschienene Jahresbericht der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft verzeichnet 196 Syndikate und Kartelle der deutschen Industrie, indessen dürfte ihre Zahl 400 weit übersteigen. Dabei schreitet die Kartellierung und Syndizierung noch immer weiter fort, was mit der Vermehrung der kapitalistischen Zentralmächte, mit der Konzentration des Kapitals und der Herrschaft der Großbetriebe gleichbedeutend ist. Wenn Brentano schon in jedem Unternehmer an sich eine Koalition erblickt, die den Arbeitern gegenüber eine Macht bildet, so ist jedes Syndikat, jedes Kartell, jeder Trust eine Riesenkoalition, eine Großmacht, die jeden Augenblick ihre Arbeiter zu vergewaltigen und zu vernichten droht, der alles Menschliche, alle idealen Güter fremd sind, der nur der höchste Profit das höchste Gut, alle Religion und Gottheit ist. In dem ersten Bande seines „Kapitals“ — das einzige Kapital, von dem die Kapitalisten nichts wissen wollen — zitiert Karl Marx eine englische Zeitschrift zur Beleuchtung der Natur des Kapitals, in der es heißt: „Das Kapital hat einen Horror (Greuel) vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital Ruhm; 10 Prozent sicher und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide ermutigen. Beweis: Schmuggel und Sklavenhandel.“ Es war ein bürgerliches Blatt, das so das Kapital als die entfesselte Bestie, als ein furchtbares Ungeheuer schilderte. In den Syndikaten u. hat es nun die Form gefunden, sich vollkommen zu entwickeln und alle seine schlechten Anlagen schrankenlos zu entfalten.

Unter diesen Umständen ist die Zerplitterung der Arbeiter in verschiedene Richtungen, das Vorhandensein verschiedener Organisationen, die Zwietracht und gegenseitige Befehdung doppelte, ja hundertmal bedauerlicher und ihre Einigung dringend wünschenswert. Die Möglichkeit der Einigkeit der ganzen Arbeiterschaft wurde wiederum durch den großen Generalstreik der Bergarbeiter bewiesen, die eine einige Masse dem einigen Kohlenmagnatentum gegenüber bildeten. Man könnte natürlich auch sagen, es sei hier der Beweis erbracht worden, daß die Arbeiter zwar getrennt marschieren, aber vereint schlagen können. Wäre diese Taktik besser als die ungeteilte Einigkeit, so würden sie schon längst die Kohlenbarone akzeptiert und betätigt haben. Sie haben aber die ungeteilte Einigkeit als die beste Taktik erkannt und die damit für sie errungen glänzenden Erfolge beweisen, daß sie von ihrem Standpunkt aus und für ihre Interessen daran recht getan haben. Vom Feinde aber — und die Industriekönige sind die Gegner und Feinde der Arbeiter — soll man lernen, im vorliegenden Falle also erkennen, daß ihre Spaltung und Uneinigkeit für die Arbeiter ebenso große Nachteile, wie für die Unternehmer Vorteile bieten und sie daher nach einer einheitlichen Bewegung und Organisation streben müssen.

Wie steht es denn mit den Organisationen der Bergarbeiter? Im Jahre 1903 zählte der freie Bergarbeiter-Verband 60 127 Mitglieder, der christliche 40 831, der Hirsch-Dundersche 541; dazu ist dann noch mit mehreren tausend Mitgliedern der polnische Bergarbeiterverein gekommen. Insgesamt waren also über 100 000 von den 500 000 Bergarbeitern, wovon allein 270 000 im Ruhrbezirk, organisiert, aber in vier verschiedenen Gewerkschaften, die sich beständig mehr oder weniger heftig aneinander reiben. Das divide et impera (teile und herrsche) ist hier zum großen Schaden der Bergarbeiter und zum großen Nutzen der Grubenbarone in ungeahntem Maße zur Tatsache geworden.

Aber wie bei den Bergarbeitern ist es auch in vielen anderen Gewerben und Industrien. In der Metallindustrie haben wir einmal noch verschiedene freie Verbände, so außer dem Deutschen Metallarbeiter-Verband noch die Verbände der Kupferschmiede, Graveure und Ziseleure, der Maschinisten und Heizer. Dazu kommen dann noch der christliche Verband der Metallarbeiter, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, der Maschinenbau- und Metallarbeiter und der Klempner und Metallarbeiter. Eine wahre Musterkarte von Organisationen und Organisationschönheiten aller Art, ein Zustand der Uneinigkeit und Zerplitterung der Arbeiter, wie ihn das Unternehmertum schlimmer gar nicht wünschen könnte. Und doch drückt alle Arbeiter der Schuh an der gleichen Stelle, sind sie alle für das Unternehmertum nur Ausbeutungsobjekte, lebendiges Arbeitsmaterial wie der Rohstoff totes Arbeitsmaterial, Dampf oder Elektrizität u. bewegende Kraft sind, also nichts anderes als Produktionsfaktoren neben anderen.

Wie lange noch? möchte man angesichts des zu einer einigen Masse zusammengeschweißten Unternehmertums mit

seiner erdrückenden und noch weiter von Tag zu Tag wachsenden Macht fragen. Jetzt hatte die Not die in vier Organisationen zerstückten Bergarbeiter zu einer Kampfesarmee zusammengeführt; könnte nicht aus diesen Tagen der Not eine einheitlicher großer, alle Berufsgenossen umfassender Bergarbeiter-Verband entstehen? Und könnten nicht alle anderen Organisationen einer Industrie zu einer einheitlichen Vereinigung zusammengeschlossen werden? Gewiß. Leider können wir uns nicht der schönen Hoffnung hingeben, daß das jetzt schon geschieht. Aber wir hoffen, daß die immer ärgere Bedrängnis durch das Unternehmertum, daß die Not der Zeit die so dringende Einigkeit der gesamten Arbeiterschaft, insbesondere der Metallarbeiterschaft herbeiführen wird.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie Meissens.

Auch im verflohenen Jahre haben die Übelstände, unter denen die hiesigen Metallarbeiter leiden, fortbestanden; ein Fortschritt zum Besseren ist nicht zu verzeichnen. Zwar gab es bei einigen Firmen genügend Arbeit, doch auch hier war es den Arbeitern noch nicht möglich, die ihnen zur Zeit des wirtschaftlichen Niederganges im Jahre 1900 bis 1901 reduzierten Löhne auf die frühere Höhe zu bringen. Im Jakobiwert wurde den Arbeitern im Jahre 1901 ein Abzug von 10 bis 40 Prozent ihres Verdienstes zugebracht, ihnen jedoch gleichzeitig versprochen, es würden bei Eintritt einer besseren Konjunktur ohne weiteres die Löhne aufgebessert werden. Bis heute warten die Arbeiter aber vergeblich; ja man hat Maßregeln getroffen, wodurch die Arbeiter benachteiligt werden. So werden zum Beispiel auf neueingeführte Akkordpreise nach Fertigstellung der Arbeit 10 Prozent in Abzug gebracht. Das gleiche geschieht bei Lohnarbeitern; werden hier zum Beispiel 33 Pf. Stundenlohn vereinbart, so erhält er diese nicht etwa, sondern davon werden 10 Prozent in Abzug gebracht, so daß der Betreffende nicht 3,30 Mk. bei zehnstündiger Arbeitszeit verdient hat, sondern nur 2,97 Mk. Die Arbeiter sind zum Teil gar nicht in der Lage, ihren Verdienst anzugeben oder nach Stundenlohn berechnen zu können. Auf welches Recht sich die Firma mit diesem Abzug stützt, ist den Arbeitern selbst ein Rätsel. Die Arbeitsverhältnisse lassen ebenfalls viel zu wünschen übrig. Die Arbeitszeit ist auf zehn Stunden festgesetzt. Überstunden werden sehr oft gemacht, jedoch wird Lohnzuschlag nicht gewährt. In der Gießerei werden 75 Formner und Hilfsarbeiter und 12 Lehrlinge beschäftigt; der Durchschnittslohn für Formner beträgt 25 Mk., der für Hilfsarbeiter 14 Mk. pro Woche. Hier wird besonders über ungenügende Ventilation geklagt. Die Arbeitsräume werden fast gar nicht gereinigt. Wascheinrichtungen und Garderoberräume existieren nicht; wer nicht schmutzig nach Hause gehen will, dem bleibt nichts übrig, als sich ein Waschgesehirr, das gewöhnlich in einer Brauereigasse besteht, zu beschaffen. Der Profit der Aktionäre darf eben durch „Lugurios“ Einrichtungen nicht geschmälert werden. Im Maschinenbau werden 35 Erwachsene und 15 Lehrlinge beschäftigt. Der Durchschnittslohn beträgt für Akkordarbeiter 22 bis 23 Mk., für Lohnarbeiter 19 Mk. pro Woche. Auch hier wird Lohnzuschlag für Überstunden nicht gewährt. Schutzvorrichtungen und Ventilation sind ganz ungenügend, dabei werden die Arbeitsräume nur einmal pro Woche gereinigt. Auch in dieser Branche besteht keine Wascheinrichtung, ebensowenig Kleiderhaken und Garderoberräume. In der Dreherei sind 33 Erwachsene und 9 Lehrlinge beschäftigt. Die Dreher erzielen einen Durchschnittslohn von 23 Mk. Ventilation und Schutzvorrichtungen sollen hier genügend vorhanden sein. Im Brückenbau sind 82 Mann und 3 Lehrlinge beschäftigt. Der Wochenlohn schwankt zwischen 15 bis 21 Mk. Hier werden häufig Überstunden gemacht. Lohnzuschlag gibt es nicht; dafür werden aber 10 Prozent abgezogen. Die Arbeiter dieser Branche müssen vollständig im Freien arbeiten, sind der Witterung zu jeder Tageszeit ausgesetzt. Bei Regenwetter oder Schneegestöber sind die Leute gezwungen, mehrfach die Kleider zu wechseln. Eine Überdachung des Arbeitsplatzes fehlt fast vollständig. Die Behandlung der Arbeiter durch die Werkmeister läßt bei einzelnen Branchen zu wünschen übrig. Leider ist hier die Zahl der organisierten Arbeiter noch niedrig, doch sind in letzter Zeit erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. So brachte uns eine am 27. Januar im Schützenhaus abgehaltene Fabrikversammlung bis jetzt zirka 30 neue Mitglieder. Bei einer intensiven betriebenen Agitation wird es möglich sein, im Laufe der nächsten Jahre wesentliche Vorteile für die Arbeiter des Jakobiwertes zu erringen.

Die schlechtesten liegen die Verhältnisse in der Eisengießerei und Maschinenfabrik von Schindler & Grünewald. Hier wird 11 1/2 Stunde täglich gearbeitet, Montags 9 1/2 und Sonnabends 10 1/2 Stunden. In der Schlosserei sind 20 Schlosser, 13 Schmiede und 12 Lehrlinge beschäftigt. Der durchschnittliche Stundenlohn beträgt 25 Pf. Für 26 Pf. bekommt Herr Schindler, wie er zu sagen pflegt, tüchtige Monteure. Überstunden werden nach Bedarf gemacht; doch wird auch hier nichts vergütet. Ventilation und Schutzvorrichtungen lassen viel zu wünschen übrig. Wascheinrichtungen und Garderoberräume kennt man nur dem Namen nach. Auch in bezug auf Behandlung könnte manches besser sein. Von der Dreherei läßt sich daselbe sagen. Hier sind 14 Erwachsene und 7 Lehrlinge beschäftigt. Der Stundenlohn beträgt 26 bis 32 Pf. In der Formerei werden 17 Erwachsene und 2 Lehrlinge beschäftigt, der durchschnittliche Wochenlohn beträgt 23 bis 24 Mk. für Formner, für Hilfsarbeiter 16 Mk. Als Ventilation kommen zerbrochene Fenster, defektes Dach und geöffnete Tore in Betracht. Jedenfalls glaubt die Firma mit dieser Einrichtung das für die Gesundheit der Arbeiter Erforderliche getan zu haben. Die Arbeitsräume werden aller hohen

Festtage gereinigt. Auch in diesem Betrieb ist die Organisation noch verhältnismäßig schwach, doch sind auch hier Zeichen für Besserung vorhanden.

Die Sächsische Turbinen- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals Kühner & Co. in Riesa beschäftigt 68 Metallarbeiter und 12 Lehrlinge. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, Mittwoch und Sonnabends 9 Stunden. Hier macht sich besonders die Überstundenarbeit bedenklich bemerkbar. Gegenwärtig wird bis 8 Uhr abends gearbeitet, tritt jedoch etwas flauer Geschäftsengang ein, so werden in der Regel sofort Entlassungen vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit versucht man fast immer die in Ungnade gefallen Kollegen los zu werden. Auch hier werden äußerst minimale Löhne gezahlt. Für Überstunden wird Lohnzuschlag nicht gewährt. Der durchschnittliche Wochenverdienst schwankt zwischen 18 und 25 Mk. Ventilation und Schutzvorrichtungen lassen viel zu wünschen übrig. Die Behandlung ist, abgesehen von einigen Gichtkranen, eine leidliche. Hervorgehoben muß ferner werden, daß in diesem Betrieb Wasch- einrichtungen existieren, die als ausreichend bezeichnet werden. Die Organisation hat hier festen Fuß gefaßt. Hoffentlich gelingt es über kurz oder lang, die noch fernstehenden dem Metallarbeiter-Verband anzuschließen, denn nur dann, wenn die Arbeiter in dem Betrieb vollständig organisiert sind, wird es möglich sein, die noch bestehenden Mißstände mit Hilfe der Organisation zu beseitigen. Rostige Verhältnisse scheinen in der Schmiedewerkstatt zu existieren, denn dort ist es gar nicht möglich, etwas über die Lohnverhältnisse zu erfahren. Für die Organisation sind die Schmiede nicht zu bewegen. Ihnen muß es jedenfalls noch schlechter gehen, ehe sie daran denken, für sich und ihre Familien bessere Zustände zu schaffen.

In der Nähmaschinenfabrik von Biesold & Locke sind gegen 800 Metallarbeiter beschäftigt. Die Arbeitszeit ist auf 10 Stunden festgesetzt. Der durchschnittliche Wochenlohn schwankt zwischen 18 und 23 Mk. Überstunden werden nach Bedarf gemacht, in der Regel jedoch nur die letzten Monate im Jahre. Lohnzuschlag wird hier ebenfalls nicht gewährt. Ventilation und Schutzvorrichtungen sind mangelhaft. Die Werkstellen werden wöchentlich einmal gekehrt. Das Werkzeug müssen die Arbeiter zum größten Teile selbst kaufen. Teile, die bei der Bearbeitung unbrauchbar werden, werden den betroffenen Arbeitern vom Lohne gekürzt. Die Wascheinrichtung ist unzureichend, auch die Behandlung läßt zum Teil zu wünschen übrig. Das Straßensystem steht in voller Blüte. Wer früh fünf Minuten nach Beginn der Arbeitszeit noch nicht da ist, darf erst nach dem Frühstück anfangen, außerdem gibt es noch Strafe. Im September vorigen Jahres brachen in dem Betrieb Differenzen aus, die schließlich in einer Versammlung, die in der Fabrik stattfand, zum Teil beigelegt wurden. Die Inhaber versicherten auf Anfrage eines Arbeiters, daß wegen dieser Streittigkeiten niemand entlassen werde. Seit jener Zeit sind schon mehrere Kollegen, angeblich wegen Mangel an Arbeit, entlassen worden. Die Kollegen glauben nicht recht daran, sie meinen vielmehr, daß jede Gelegenheit benutzt wird, die zu entlassen, die seinerzeit offen aufgetreten sind, daß nach und nach die hinausgegangen werden, die man oben als die sogenannten Wähler betrachtet. Das Organisationsverhältnis ist hier ein gutes zu nennen, ein Erfolg, an dem die Direktion lebhaften Anteil hat. In diesem Betrieb besteht auch eine „Alterspensionskassa“. Arbeiter, die länger als 25 Jahre im Betrieb tätig sind, erhalten eine jährliche Rente von 40 Mk. Besser wäre es schon, wenn den Arbeitern ein bestimmtes Mindesteinkommen garantiert würde, sie würden dann gern auf diese Pension verzichten. Allerdings geht man auch damit schwanger, eine Sparrkassa zu errichten. Hoffentlich legt man den Arbeitern so viel zu, daß ihnen das Sparen möglich wird. Der jetzige Verdienst reicht kaum aus, für sich und die Angehörigen ein menschenwürdiges Leben fristen zu können.

Im Graba- und Schregerwerk lagen besonders die Arbeiterinnen über geringen Verdienst, teilweise auch über schlechte Behandlung. Das Reinigen der Aborte wird nicht oft genug vorgenommen. Es kommt vor, daß Wochen, ja Monate hindurch nicht gereinigt wird. Das solche Zustände die Gesundheit der Arbeiterinnen benachteiligen können, kann nicht bestritten werden. Als ein besonderer Übelstand — auf den wir besonders die Gewerbeinspektion aufmerksam machen — ist, daß die Arbeiterinnen zum größten Teil gezwungen sind, sich vor den Augen der Betriebsleiter und überhaupt der männlichen Arbeiter umzusehen. Sogenannte Verjüglage oder Garderoberräume sind nur in einigen Sälen vorhanden. Wöchentliche Wäsche waschen müssen die Arbeiterinnen erst nach Arbeits- schluß davon Gebrauch machen. Wer sich zuvor wäscht, wird bestraft. In beiden Werken sind gegen 500 Arbeiterinnen beschäftigt. Die Arbeitszeit beträgt täglich 9 Stunden. Der Durchschnittsverdienst für Arbeiterinnen schwankt zwischen 7 und 9 Mk. Schutz- vorrichtungen und Ventilation werden als ausreichend bezeichnet. Die Säle werden wöchentlich dreimal gekehrt. Im Maschinenbau sind circa 30 Arbeiter und 7 Lehrlinge beschäftigt. Der durchschnittliche Wochenlohn beläuft sich auf 19 Mk. für Schlosser, Dreher u. s. w. Die Werkstatt wird wöchentlich einmal gekehrt. Arbeit, die vom Betriebsleiter als verdorben bezeichnet wird, wird den Arbeitern vom Lohne gekürzt. Die Behandlung ist äußerst schroff. Die Alfordkassa geht seit vier Jahren um 30 Prozent gekürzt worden, jetzt ist man mit der Ausarbeitung eines neuen Satzes beschäftigt, der den Arbeitern jedenfalls „höhere Löhne“ garantiert. Das Organisations- verhältnis ist als günstig zu bezeichnen.

In den übrigen kleineren Etablissements ist, abgesehen von einzelnen, auf welche wir in nächster Zeit besonders zurückkommen, das Arbeitsverhältnis ein besseres, auch die Behandlung ist hier besser als in den größeren Betrieben.

Dieser kurze Ausblick durch die Betriebe der Metallindustrie zeigt uns, daß der Organisation große Aufgaben warten. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind verbesserungsbedürftig, auf hygienischem Gebiet ist wenig getan worden. Die Behandlung durch die Herren Betriebsleiter u. s. w. ist nicht die beste zu nennen. Über- mäßig lange Arbeitszeit, Überstunden ohne Lohnzuschlag — alles dies sind Verhältnisse, die den Forderungen der Arbeiter nicht mehr entsprechen, deshalb weg damit und an deren Stelle bessere, menschen- würdigere Zustände. Dies zu erreichen ist jedoch nur möglich, wenn jeder Kollege sich seiner Pflicht voll und ganz bewußt ist. Jeder muß seine Mitsprache ausüben können, ihren Zweck und Ziele der gewerkschaftlichen Organisation erläutern und überall, wo sich Gelegenheit bietet, für die gerechte Sache der modernen Arbeiter- bewegung Propaganda machen.

Metallarbeiter, werbt neue Mitglieder für euren Verband! S. S.

Regelung des Überstundenwesens in den Siemens-Halske- und Siemens-Schuckert-Werken.

Bekanntlich besaß am 8. Januar in Berlin eine Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Werke in der Reuen Welt mit einem Hauch der Betriebsleitung, der die Regelung des bis dahin formell über Stundenverhältnisse festsetzen wollte. (Siehe Bericht in Nr. 3 der Metallarbeiter-Zeitung.) Die in dieser Versammlung gewählte Kommission von 15 Kollegen, die den Auftrag hatte, durch Verhandlungen die bestehenden Differenzen zu beseitigen, hatte mit den verantwortlichen Wegen zu einem ehrenvollen Frieden zu rechnen. Bei den Beratungen der Fünfkollegienkommission war als wesentliches neues Element der veränderte Standpunkt des Verbandes

Berliner Metallindustrieller in Rechnung zu ziehen. Bei einer Unter- redung zwischen dem Kommerzienrat Herrn Friz Kühnemann und dem Bevollmächtigten der Berliner Verwaltung, dem Kollegen Karl Wiefenthal, am 29. Dezember vorigen Jahres — nicht als Vertreter ihrer Verbände, sondern als Privatpersonen — fand eine vorläufige Verständigung für die Schlichtung von zukünftigen Differenzen statt. Danach soll in jedem Falle, bevor die Arbeit niedergelegt wird, eine Kommission, zu gleichen Teilen aus Fabrikanten und Arbeitern bestehend, die Differenz prüfen und nach Möglichkeit schlichten. Diese Einrichtung soll ein Provisorium sein, das nur so lange benutzt wird, bis die geplante ständige Schlichtungskommission in Tätigkeit tritt. Dabei teilte Herr Kommerzienrat Friz Kühnemann mit, daß sich die Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metall- industrieller im Prinzip einstimmig für eine ständige Schlichtungs- kommission erklärt habe.

Da nun bei den Siemens-Schuckert- und Siemens-Halske-Werken ernste Differenzen drohen, beauftragte die Fünfkollegienkommission unseren Bevollmächtigten Wiefenthal, mit dem Verband Berliner Metallindustrieller die Einsetzung einer, wie oben angegebenen, Kom- mission zu verabreden. Als am 9. Januar 1905 der Kollege Wiefenthal diesen Auftrag Herrn Kühnemann übermittelte, er- klärte dieser: „Am schnellsten geht die Sache, wenn Sie selbst mit Herrn Willy v. Siemens verhandeln.“ Dem stimmte der Kollege Wiefenthal zu. Darauf berichtete, mit Brief vom 10. Januar 1905, Herr Kühnemann über diese Verabredung an Herrn v. Siemens. Am 13. Januar 1905 erhielt der Kollege Wiefenthal vom Verband Berliner Metallindustrieller die Nachricht: „Herr Willy v. Siemens hält die Sache für nicht so weit gediehen, um mit Herrn Karl Wiefenthal verhandeln zu müssen. Er ist aber zu jeder Zeit bereit, mit einer Vertretung seiner Arbeiter zu verhandeln.“

An demselben Tage erhielt der Kollege Otto Meißner, Obmann des Arbeiterausschusses des Dynamowerkes, von Herrn Direktor Stephanius die gleiche Mitteilung. Danach trat am 14. Januar 1905 die Fünfkollegienkommission zusammen und beauftragte die Unter- zeichneten folgenden Brief zu schreiben.

Berlin, den 15. Januar 1905.
Herr Generaldirektor Dr. Berliner,
Königsplatz 3.

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, ist am Sonntag den 8. Januar 1905 in einer von gegen 4000 Personen besuchten Versammlung Ihrer Werke, welche im großen Saale der Reuen Welt tagte, eine Kom- mission von 15 Arbeitern gewählt worden. In dieser Kommission sind die sämtlichen Siemens-Schuckert- und Siemens-Halske-Werke von Berlin und Umgegend vertreten. Diese Kommission hat den Auftrag erhalten, die in Aussicht stehenden ersten Differenzen wegen Verschlechterung der Überstundenbezahlung, durch sachliche erfolgreiche Verhandlungen vorzubeugen. Der Kommission ist volle Freiheit ge- lassen in der Art der Verhandlungen. In ihrer ersten Sitzung be- auftragte die Kommission den Bevollmächtigten des Deutschen Metall- arbeiter-Verbandes, Herrn Karl Wiefenthal, mit Herrn Kommerzienrat Friz Kühnemann über die Differenz zu verhandeln. Bei dieser Unterredung am 9. Januar 1905 gab Herr Kommerzienrat Friz Kühnemann der Meinung Ausdruck, am schnellsten würde die Sache erledigt, wenn Sie persönlich mit Herrn Willy v. Siemens verhandeln. Dies wurde Herrn Willy v. Siemens am 10. Januar 1905 durch Brief des Herrn Kommerzienrat Friz Kühnemann übermittelte. Am 13. Januar 1905 erhielt Herr Karl Wiefenthal von Herrn Kommerzienrat Friz Kühnemann die Nachricht, Herr Willy v. Siemens wünscht nicht mit ihm, sondern nur mit einer Vertretung seiner Arbeiter zu verhandeln. An demselben Tage erhielt Herr Otto Meißner, Obmann des Arbeiter- ausschusses des Werkes in der Frankfurterstraße, von Herrn Direktor Stephanius die Nachricht, das Gesamtdirektorium der Siemens- Schuckert- und Siemens-Halske-Werke lehnt die Verhandlung mit Herrn Karl Wiefenthal ab und wünscht nur mit einer Vertretung der Arbeiterausschüsse zu verhandeln. Die Unterzeichneten ersuchen nun Herrn Generaldirektor Dr. Berliner, umgehend einen Ver- handlungstermin festsetzen zu wollen.

Einer baldigen Einleitung zu der gewünschten Verhandlung ent- gegenstehend zeichnen

- Hochachtungsvoll
- gez. Julius Schindler, Stadtgeschäft, Draniensfr. 19.
 - „Kinzeng Neumann, Stadtgeschäft, Oberbergerstr. 36.
 - „Otto Meißner, Dynamowerk, Schloßstr. 5.
 - „Grafe, Dynamowerk, Charlottenburg, Tauroggenstr. 12.
 - „F. Reinsheimer, Kadelwerk, Waldstr. 11, Etl. 4.
 - „F. Sinek, Glühlampenwerk, Mi-Wohabit 79, Uugh. pr.
- NB. Einliegend der Entwurf einer Überstundenordnung, wie sie den Anschauungen der Arbeiterschaft entspricht.

„Vereinbarung“
Die Gesamtdirektion der Siemens-Schuckert- und Siemens-Halske- Werke verständigt sich mit ihren Arbeitern und Arbeiterinnen über die beste, unter Differenzen, die Überstunden betreffend, auf folgender Grundlage:

1. Überstunden werden nur in dringenden Notfällen gemacht, dann aber mit 25 Prozent Aufschlag bezahlt.
2. Überstunden sind die Stunden, welche pro Tag über 8 be- ziehungsweise 8 1/2; beziehungsweise 8 1/2 Stunden gearbeitet werden.
3. Als Grundlage der Berechnung der 25 Prozent gilt der erhöhte Stundenlohn beziehungsweise der in den letzten drei Monaten erzielte Durchschnittsverdienst. Bei neuereinstellenden Arbeitern beziehungs- weise Arbeiterinnen wird der überlängenden Berechnung der Durch- schnittsverdienstverdienst gleichwertiger Arbeiter beziehungsweise Ar- beiterinnen zugrunde gelegt. Der Lohn der neu einstellenden Arbeiter beziehungsweise Arbeiterinnen wird um so viel erhöht, als der Betrag der Bezahlung der Arbeitspausen ausmacht.
4. Als dringende Notfälle, in denen Überstunden zu leisten sind, gelten folgende Fälle:
 - a) Wenn ein Menschenleben in Gefahr ist oder bei Naturereignissen,
 - b) Bei notwendigen Reparaturen,
 - c) Wenn andere Abteilungen auf Vorarbeiter warten,
 - d) Bei Arbeiten, auf denen nachweislich hohe Konventionalstrafen für Überschreitung des Lieferungsstermins vereinbart sind.
5. Sind aus den unter 4 angeführten Fällen Überstunden not- wendig, so ist der dafür gehende Betrag der betreffenden Werkstat- ten, über Zahl und Dauer der nötigen Überstunden, durch Aus- scheidung in der in Frage kommenden Abteilung bekannt zu geben und vom Vorarbeiter und Stellvertreter des Arbeiterausschusses gegenzu- zeichnen.
6. Der Stundenlohn wird für Lohnarbeiter nach Wegfall der bezahlten Prämie so weit erhöht, daß der Tagesverdienst der be- züglichen bleibt.“

Darauf ging folgendes Schreiben ein:

Berlin, den 17. Januar 1905.
Herrn Otto Meißner,
Berlin NW., Schloßstr. 5.

Ich bestätige den Empfang des von Ihnen mit unterzeichneten Schreibens vom 15. Januar 1905 nebst Anlage und benachrichtige Sie, daß ich dasselbe an die zuständigen Vorstände unserer einzelnen Werke weitergegeben habe, von denen Sie auch die definitive Ant- wort erwarten wollen.

Ich bitte Sie, dies auch zur Kenntnis der anderen Unterzeichner meines Schreibens zu bringen.

Hochachtungsvoll
Berliner.
Das Gesamtdirektorium der Siemens-Schuckert- und Siemens- Halske-Werke berief endlich am 27. Januar 1905 eine Sitzung ein. In dieser Sitzung waren die Direktoren der fünf Werke und die Obleute und Stellvertreter der Arbeiterausschüsse vertreten. Bei dieser Sitzung glaubte es die Direktion für nicht vertragen zu dürfen, den Ausschussmitgliedern eine Art Gardinapredigt zu halten, dafür, daß diese sich zu sehr vom Metallarbeiter-Verband beeinflusst ließen. Schließlich kam es aber doch zu einer Vereinbarung, wenn auch den Wünschen der Arbeiter noch nicht ganz Rechnung getragen wurde. Die Direktion zog ihren früheren Vorschlag zurück, bewilligte alsdann den 25prozentigen Lohnzuschlag für Überstunden von der vollenbe- zahlten Arbeitspausen ab und gestattete die Regelung des Über-

stundenwesens auf folgender Grundlage: „Eine etwa notwendig werdende Verschärfung, Verlängerung oder Verkürzung der Ar- beitszeit für den ganzen Betrieb oder für Teile desselben oder für einzelne Arbeiter wird den betreffenden durch Anschlag gewöhnlich am Tage zuvor besonders mitgeteilt, und ist diese veränderte Arbeits- zeit von den betreffenden einzuhalten. In dringenden Fällen können für einzelne Arbeiter Verurlaubungen stattfinden. Für Sonnabenden sollen Überstunden im allgemeinen nicht angeordnet werden.“ Damit ist wenigstens der Willkür der Meister, nach Belieben Überstunden zu kommandieren, ein Riegel vorgeschoben; auch wirkt die Neu- regelung bis zum gewissen Grade ausgleichend auf die verschiede- nartigen der Arbeitszeit in den einzelnen Geschäften der Firma.

Den durch die Verkürzung der Arbeitszeit, durch Weg- fall der Prämien verkürzten Verdienst der Lohnarbeiter verspricht die Direktion durch entsprechende Erhöhung der Stundenlöhne auszugleichen.

In zwei stark besuchten Versammlungen, von denen die eine für das Stadtgeschäft am Dienstag den 31. Januar 1905 im Gewerks- chaftshaus und die andere für die Charlottenburger Werke der Franklin- und Selmholtzstraße sowie das Kadelwerk am Nonnenbamm am Mittwoch den 1. Februar 1905 in der Kronenbrauerei abgehalten wurde, beschäftigten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma nunmehr mit dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen Direktion und Arbeiterausschuss. Nach Ansprechen des Bevollmächtigten Wiefen- thal vom Metallarbeiter-Verband und reger Diskussion wurde in beiden Versammlungen schließlich folgende Resolution angenommen:

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Siemens-Schuckert- und Siemens-Halske-Werke nehmen Kenntnis von dem Resultat der Ver- handlungen der Fünfkollegienkommission und erklären:

„In Anbetracht der Verschärfung der Arbeitszeiten in den einzelnen Werken der Firma nimmt die Versammlung die Zugestän- dnisse des Gesamtdirektoriums als Abschlagszahlung an. Die Ver- sammlungen sind der Meinung, durch diese Regelung der Überstunden- bezahlung wird das Überstundenwesen an Ausdehnung verlieren und jeder einzelne mehr Wert auf einen genügenden Verdienst bei normaler Arbeitszeit legen.

Zur Kontrolle dieser Vereinbarungen verpflichtet die Versammlung die Vertrauenspersonen. Nur dadurch wird es den Arbeiterausschüssen möglich sein, etwaige Verletzungen der Arbeitsordnungen durch Ver- handlungen mit den Direktionen zu beseitigen.

Aus der ganzen Bewegung haben die Versammelten gelernt, daß nur eine gute Organisation in der Lage ist, ihre Interessen zu vertreten. Deshalb verpflichten sie sich, treu zu derselben zu halten und die wenigen fernstehenden zu derselben heranzuziehen.“

Streik in der Waggonfabrik Hannover.

Am 23. Januar haben die Schmiede in der Hannoverischen Waggonfabrik die Arbeit niedergelegt, weil es ihnen wegen der Manipulationen der Betriebsleitung nicht möglich war, auf ihren Stundenlohn zu kommen. Der leitende Direktor des Werkes hatte es vorgezogen, eine notwendige Geschäftskreise vorzuschieben und zu verdrücken, trotzdem er den Schmieden versprochen hatte, ihre Forde- rungen zu prüfen. In der Zeit, wo der erste Direktor auf Reisen war, besorgte sein Stellvertreter das Vertreten der Arbeiter. Es wurde von einem zum andern Tage versprochen: morgen kommt der Direktor Zimmermann, dann wird die Sache schon geregelt werden. Doch wer nicht kam, war Herr Zimmermann. Inzwischen hatten die übrigen Arbeiter des Betriebes den Beschluß gefaßt, etwa von Streik- brechern angefertigte Schmiedearbeit nicht zu verarbeiten. Dadurch kam es zu Differenzen mit den Meistern und zu Entlassungen, was zur Folge hatte, daß am 30. Januar die sämtlichen übrigen 100 Metall- arbeiter die Arbeit verließen. Diese hofften, gestützt auf die festen Versprechungen des stellvertretenden Direktors, daß eine Einigung zustande kommen würde, wenn der Herr Direktor von seiner Reise zurückgekehrt sei. Doch die Friedensstimmung dieses Herrn sollten die Arbeiter bald kennen lernen. Der Herr kam am Donnerstag den 2. Februar zurück, aber anstatt mit den Arbeitern zu verhandeln, erließ er am folgenden Morgen einen in Stil der Fachsenbarone abgefaßten Anschlag, der diesen Wortlaut hat:

„Mit Gegenwärtigem machen wir bekannt, daß durch irgend welche Elemente seit ungefähr 1/2 Jahren die Leute unzufrieden waren. Aus welchem greifbaren Grunde, konnte leider nicht fest- gestellt werden, da alle angeführten Gründe belanglos waren; dagegen war das Resultat unserer Schmiede von jeher nicht nur sehr ungünstig, sondern es gestaltete sich immer schlechter. Es wurde daher den Vorführern der Schmiede wiederholt mitgeteilt, daß es noch notwendig werden würde, den Betrieb der Schmiede einzustellen, falls sich die Rentabilität derselben noch immer ver- schlechtern sollte. Daß die Einstellung dieses Betriebes bisher nicht erfolgte, geschah aus humanen Rücksichten gegenüber unseren Arbeitern und deren Familien. Auch dies blieb den Vorführern der Schmiede nicht unbekannt. Da aber jetzt, wie bekannt, unsere Schmiede selbst Veranlassung gaben, das Arbeits- verhältnis zu lösen, so werden wir die Anfertigung der haupt- sächlichsten Beschläge im eigenen Betrieb bis auf weiteres einstellen und nur die Schmiede insoweit im Betrieb halten, als für die Fertigstellung der nebensächlichen Teile erforderlich ist. Wir fordern daher die ohne jede Veranlassung nachträglich in den Streik getretenen Leute hiermit auf, sich bis Montag den 6. d. M., vormittags 6 Uhr, an ihrer Arbeitsstelle einzufinden, widrigenfalls die Entlassung der in Frage kommenden Leute erfolgen wird. Außerdem werden wir die Ausständigen für den uns durch Kontrakt- bruch zugefügten Schaden laut § 4 der Arbeitsordnung ver- antwortlich machen.“

Die Bekanntmachung beweist, daß die „humane“ Direktion der Fabrik die Unzufriedenheit der „Leute“ kannte, aber nichts zu deren Abstellung getan hat. Die „Leute“ haben sich nun am Montag nicht zur Arbeit eingefunden, woraus der Herr Kommandeur der Fabrik die weise Lehre ziehen möge, daß eine Fabrik dank der Organisation der Arbeiter keine Kasernen ist, obgleich das Schimpfen auf die Ar- beiter im Kasernenjargon dort vor sich geht. Der Kontraktbruch ist seit dem Kohlenarbeiterstreik die beliebteste Anschuldbildung der Arbeiter. Hier wollen wir nur feststellen, daß die Arbeitsordnung im § 3 eine Kündigungsfrist ausdrücklich ausschließt. Der folgende Satz, wonach Arbeiter ihrer Arbeit erst fertiggestellt haben, ehe sie das Arbeitsverhältnis verlassen dürfen, ist ungeschicklich, weil der Arbeitgeber nicht die gleiche Verpflichtung hat und den Ar- beiter vor Beendigung der Arbeit entlassen darf. Derartige kann in Rußland wohl vorkommen, aber in Deutschland lassen sich die Arbeiter mit Kontraktbrüchen nicht einschüchtern. Schadenersatz nach § 4 der Arbeitsordnung wegen Kontraktbruchs ist auf aus- geschlossen und die Fabrik hätte besser getan, sich nicht selbst da- mit dem Spott auszuweisen. Übrigens ist auch die Drohung der Stilllegung der Schmiede nicht ernst zu nehmen, denn sonst hätte man ja vor Jahren schon die ganze Fabrik eingeben lassen können, weil sie sich nicht rentierte. Auf diesen Schreckensplan ist allerdings niemand hineingefallen. Wir können auch jetzt den urkundlichen Beweis er- bringen, daß die Firma schon zu der Zeit, als die Arbeiter noch mit Verhörungen hinhält, eifrig bemüht war, Arbeitswillige von auswärts heranzuziehen. An allen Ecken Deutschlands war die bürger- liche Presse im Verein mit den Arbeitsnachweisern der Scherjacher tätig, um „nützliche Elemente“ heranzuzulassen. Als Beispiel möge folgendes Inserat dienen, das im Braunschweiger Stadtanzeiger prangte:

Schlosser und Schmiede, 10 bis 20 tüchtige, welche keinem sozialdemokratischen Verband angehören, können sich sofort eine Lebensstellung verschaffen. Auskunft erteilt und brieflich wird be- antwortet.
D. Beebe, Schandelaß Nr. 80.

Herr Beebe, der Doktor sein will, schrieb nun den auf seine Annonce sich Meldeenden Karten, von denen wir nur diese zwei ver- öffentlichen wollen:

Schandelaß, den 4. 2. 05.

Herrn
Teile Sie gern mit. Selbst über Ihre Papiere, an Arbeits- nachweisungs-Bureau des Vereins der Metallindustriellen der

Provinz Hannover, Hannover Hartwigstr. Nr. 7 zuzufenden außer Aktord 40 bis 80 Pf. Stundenlohn.

H. Beese, Oeconom. Schandelah, d. 5. 2. 05.

Herrn !

Die Arbeit ist in Hannover, für gute Leute aufnahme bestimmt. Verdienst 40 bis 60 pf. a St. Adresse Arbeitsnachweisungs-Bureau des Vereins der Metallindustriellen der Provinz Hannover, Hannover, Hartwigstr. Nr. 7 zuzufenden.

Untern 6. Februar schrieb der Direktor einem anderen Arbeiter auf dessen Anfrage:

Hannover, den 6. Februar 1905.

Herrn !

Auf Ihr gef. Angebot teile ich Ihnen mit, daß es sich in dem vorliegenden Falle um die hannoversche Waggonfabrik in Hannover-Binden handelt, welche dringend Schlosser und Schmiede sucht. Es ist uns sehr an Ihrem sofortigen Eintritt gelegen. Gearbeitet wird ausschließlich in Aktord und tüchtige Arbeiter verdienen ungefähr 40 bis 60 Pf. pro Stunde. Sie haben Aussicht, für Ihr ganzes Leben lang bei guter Aufführung und zufriedenstellenden Leistungen eine auskömmliche und lohnende Stellung zu finden.

Treten Sie daher, wenn es möglich ist, sofort morgen ein und berufen Sie sich auf mich. Zur Waggonfabrik können Sie am besten, wenn Sie vom Café Kröpcke aus mit der Straßenbahn (rote Tafel) nach Fischerhof fahren. Von dem aufgestellten Streifen brauchen Sie sich nicht abmelden zu lassen. Umgehender Nachricht entgegengehend, zeichne

Achtungsvoll

Dr. Weißkopf.

Bringen Sie, wenn möglich, noch einige Kollegen mit.

So kamen denn die Arbeiter scharnweise angezogen, aus der Provinz und der nächsten Umgebung, aus Rheinland, Westfalen, Hessen, Posen, aus Hamburg und Magdeburg, aus Schlesien und von der böhmischen Grenze, alle kamen sie nach Hannover und wollten ihr Glück hier machen, aber alle zogen sie wieder ab, nachdem sie über die Sachlage orientiert waren.

Nur einige Beispiele, wie leichtsinnig oft Arbeiter auf derartige Inserate hereinfallen. Ein Schmiedemeister in Reichenbach verkaufte dort seine Schmiede, um hier die Lebensstellung in der hannoverschen Waggonfabrik zu übernehmen, sah sich hier natürlich um alle seine Hoffnungen betrogen. Ein anderer Schmied in Reichenbach verkaufte sein ganzes Mobiliar, um mit Frau und Kindern herzukommen. Dieser konnte noch rechtzeitig gewarnt werden. Ein Schmied aus Mainz, der hier in Arbeit trat, glaubte an den Zauber, daß er „sehr gut verdienen“ könne. Vom Streik war ihm nichts mitgeteilt; er verließ seine frühere Arbeitsstelle, in der er 34 Pf. Stundenlohn hatte, und taufte diese ein mit 30 Pf., die man ihm hier zahlte. Er gab die „dauernde Lebensstellung“ wieder auf.

Es wäre der Firma gar nicht möglich gewesen, nur die Hälfte der Leute zu beschäftigen, die auf ihre Inserate und Aufforderungen hin nach Hannover gekommen sind, wenn sie angefangen hätten. Aber bis zum 16. Februar hatte die Fabrik es soweit gebracht, daß sie gerade ein halbes Dutzend Arbeitswillige im Betrieb hatte. In den letzten Tagen nun versuchte die Firma, Arbeiter aus Österreich und Böhmen zu holen. Durch Vermittlung eines Agenten, der den Arbeitern das Blaue vom Himmel herunter vorgelogen hat, gelang es, in Wien einen Trupp Arbeitswilliger von 42 Mann zu finden. Diese kamen am 16. Februar abends an, wurden in Witzburg vor Hannover ausgeladen und mittels Gestravagen der Straßenbahn unter einem Aufgebot von zwei Polizeikommissaren, zwei Gendarmen und zirka zwanzig Schulheuten nach der Fabrik transportiert. Ob die Firma mit den Ausländern mehr Glück hat, bezweifeln wir vorläufig, denn am anderen Tage erklärten schon zwanzig von ihnen, daß sie auf die Arbeit verzichteten. Wir möchten die Kollegen allerorts ersuchen, für Fernhaltung des Zugzugs zu sorgen, dann muß die Firma bald nachgeben.

Zum Ausbau unseres Verbandes.

Der Vorstand hat seine Anträge den Mitgliedern unterbreitet, die Bezirkskonferenzen haben stattgefunden und diese letzteren haben sich im großen und ganzen im Prinzip für die Vorstandsvoelage ausgesprochen. Es war vorauszusetzen, daß es so kommen würde. Auch die Generalversammlung wird im Prinzip der Vorstandsvoelage zustimmen, sie wird aber auch, wo es notwendig erscheint, Verbesserungen vornehmen und zu diesem Zwecke gemachte Vorschläge sorgfältig prüfen.

Daß in dem Reisegeldbezug einmal gründliche Remedur geschaffen wird, wird jeder Reisegeldauszahler freudig begrüßen. Gerade Zeit nimmt es jedesmal in Anspruch, die Unterstühtungen vom letzten Jahre zusammen zu zählen, denn die angeführte Gesamtsumme stimmt in den wenigsten Fällen.

Auch die Umwandlung der Arbeitslosen in eine Erwerbslosenunterstützung wird vom allergrößten Teile unserer Mitglieder sehr gerne gesehen, weil dadurch mancher in den Genuss einer Unterstützung kommt, der unter den heutigen Verhältnissen nicht darauf rechnen kann, weil die Mitglieder dann nicht mehr gezwungen sind, einer zweiten Krankenkasse anzugehören und auch nicht mehr wie bisher, den Schwindelkassen zum Opfer fallen.

Der Vorstand hat nun in der Nr. 49 der Metallarbeiter-Zeitung eine Berechnung aufgestellt, die wohl theoretisch vollständig richtig sein mag, die aber später, in die Praxis umgesetzt, nicht mehr standhalten wird. Das man bei 10 Pf. Mehrbeitrag in Zukunft statt 60 Mt. 120 Mt. Erwerbslosenunterstützung, dazu 30 Mt. Reisegeld und noch eventuell ein Sterbegeld beziehen kann, wird noch lange nicht jedem einleuchten. Der Vorstand hat mit den Erwerbslosen bei der Reiseunterstützung gerechnet, aber dabei nicht sehr viel herauskommen. Zur Ausbildung und zum Vergnügen reisen sehr wenige, in den meisten Fällen werden die Kollegen auf die Landstraße getrieben, weil sie am Orte keine Arbeit finden können. Wenn nun in Zukunft der reisende Kollege die Maximalsumme an Reisegeld bezogen hat, so wird er die Erwerbslosenunterstützung beziehen müssen, denn die Arbeitslosigkeit wird doch nicht häufiger. Auf jeden Fall wird an Ortsunterstützung mindestens so viel mehr geleistet, als an Reiseunterstützung weniger.

Ingenommen nun den Fall, die Rechnung des Vorstandes stimmt ganz genau, wir hätten einen Überschuss von 46575 Mt., so ist dieser aber als sehr minimal zu bezeichnen. Wir wollen doch nicht allein die einzuführenden Unterstühtungen bezahlen können, sondern wir wollen auch mehr Gelder für den wirtschaftlichen Kampf zur Verfügung haben. Aus dem Grunde haben wir doch vor zwei Jahren den Beitrag auf 40 Pf. erhöht! Der Vorstand macht sich nun die Luststellung sehr leicht, indem er die von der Generalversammlung in Halle beschlossenen 10 Pf. Mehrbeitrag zu den noch zu beschließenden legt, womit ihm 20 Pf. zur Verfügung stehen. Wir haben aber doch nicht jene 10 Pf. auf die hohe Kante gelegt, sondern wir haben sie gebraucht, infolgedessen bezweifle ich, daß die Vorstandsrechnung stimmen wird.

Ist es nun aber notwendig, daß wir die Erwerbslosenunterstützung gleich auf 120 Tage ausdehnen? Deshalb sollen wir nicht gerade so wie die Unterstühtung selbst mit jedem Jahre steigt, auch die Dauer der Unterstühtung steigern können? Wir würden dadurch: 1. wieder ein neues Mittel haben, die Mitglieder an den Verband zu fesseln und 2. würde unsere Kasse ganz bedeutend entlastet. Nach meinen Erfahrungen sind es gerade die ein- und zweijährigen Mitglieder, die die Unterstühtungen am meisten in Anspruch nehmen und wäre es deshalb am Plage, gerade hier den Hebel anzusetzen.

Sch möchte nun vorschlagen, daß wir auch bei der Erwerbslosenunterstützung die Dauer des Bezugs im ersten Jahre auf 60 Tage festzusetzen und mit jedem Jahre eine Steigerung um zehn Tage, bis zur Höchstdauer von 120 Tagen eintreten zu lassen. Wenn wir so verfahren, dann haben wir auch die Garantie dafür, daß wir das Sterbegeld, das auf 50- bis 58000 Mt. ver-

anschlagt ist, auszahlen können, wir brauchen dann keine Angst zu haben, daß wir mit unseren Geldern nicht auskommen.

Bedeutend ist es, daß man einer Klassifizierung der Beiträge nicht näher getreten ist. Trotzdem bin ich der Überzeugung, daß sie, wenn auch nicht jetzt, kommen wird, ja kommen muß. Schon die kommende Generalversammlung wird einen Schritt nach dieser Richtung unternehmen, indem die jugendlichen Arbeiter bis 18 Jahre der weiblichen Abteilung zugeteilt werden. Geschickt dieses, woran wohl nicht zu zweifeln ist, so ist der erste Schritt zur Klassifizierung gegeben.

Wenn wir dann aber nun einmal Klassen haben, so ist gar nicht einzusehen, weshalb wir nicht noch ein paar Klassen mehr schaffen können. Daß sie notwendig sind, um jedem Arbeiter Gelegenheit zu geben, sich entsprechend seinem Einkommen organisieren zu können, ist bereits früher von verschiedenen Seiten nachgewiesen.

Als hauptsächlichste Gründe gegen die Klasseneinteilung führt man an, daß dann die Mitglieder sich meistens in die niederen Klassen einschreiben ließen, um möglichst niedere Beiträge bezahlen zu können. Von dieser Behauptung hat man aber noch gar keinen Beweis, dann aber auch haben die Mitglieder zu berücksichtigen, daß nach dem Beitrag auch die Unterstühtung bemessen wird. Selbstverständlich bin auch ich ein Gegner davon, daß etwa Klassen geschaffen werden, die niedriger sind, als unsere heutigen Beiträge.

Ferner erhebt man Bedenken verwaltungstechnischer Natur, man glaubt Wunder wie viel Mehrarbeit hierdurch entstehen würde. Die Sache ist aber halb so schlimm. Schreiber dieses hatte vor 1 1/2 Jahren mit sechs Markenorten zu rechnen, und wüßte kaum, welche Mehrarbeit dadurch entstanden wäre. Allerdings hat man mehr aufzupassen.

Auch der Vorstand scheint sich so langsam auf Klasseneinteilung einzurichten, denn schon jetzt kann man „Einheitsmarken“ im Wertbeitrag von 15, 20, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100 Pf. beziehen! Es sollen nun selbstverständlich die beschlossenen Extrabeiträge hierbei mit quittiert werden. Der Vorstand hat aber mit 14 oder gar noch mehr Markenorten zu rechnen! Aber wie es scheint, spielt hierbei die Verwaltungstechnik keine Rolle. Oberjüngling wird es aber eine große Rolle spielen, ob wir mit zwei oder schließlich mit vier oder fünf Markenorten zu rechnen haben.

Zur Erleichterung der Auszahlung von Unterstühtungen könnten Tabellen angefertigt werden, so daß durch die Berechnung gar keine Mehrarbeit entsteht. Es kommt aber nur auf den Willen an, wo ein Wille ist, findet sich auch ein Weg. Die Klasseneinteilung, wie ich sie mir vorstelle, sieht folgendermaßen aus:

Table with 6 columns: Mitgliedschaftsdauer (1 Jahr to 5 Jahre), Bezugszeit (60 Tage to 180 Tage), and a grid for Unterstühtung (pro Tag, pro Jahr) and Betrag (Pf.).

Wenn hier gleich fünf Klassen aufgeführt sind, so ist nicht gesagt, daß sie alle auf einmal eingeführt werden müssen. Aber wenn der Vorstand schon heute Marken im Werte von 100 Pf. führt, so ist dieses ein Zeichen, daß wir auch Metallarbeiter haben, die diesen Beitrag bezahlen können. Es steht dem also eigentlich gar nichts entgegen, auch die höchste Klasse gleich einzuführen, zumal die Unterstühtung, die da geboten wird, im Falle einer Arbeitslosigkeit durchaus nicht zu hoch ist.

Daß der Beitrag für weibliche und für jugendliche männliche Arbeiter bis 18 Jahren auf 20 Pf. festgesetzt werden muß, erfordert schon die ausgleichende Gerechtigkeit. Ich wiederhole hier aber noch einmal ausdrücklich, daß es den weiblichen, auch den jugendlichen männlichen Mitgliedern frei stehen muß, in jede höhere Klasse einzutreten.

Nach obiger Tabelle hätten also die Mitglieder, die bei dem heutigen Beitrag verbleiben, scheinbar einen Schaden, indem ein Mitglied, das heute nach fünfjähriger Mitgliedschaft pro Woche 10 Mt. erhält, nach meinem Vorschlag nur 8.40 Mt. bekommen würde. Dafür ist aber auch die Unterstühtungsdauer um so länger und soll auch bei Krankheit Unterstühtung ausbezahlt werden. Auch soll durch die Erniedrigung des Unterstühtungssatzes ein Druck ausgeübt werden, die Mitglieder in die höheren Beitragsklassen hinauf zu schieben.

Jedenfalls glaube ich, daß mein Vorschlag diskutabel ist, daß er eher Aussicht auf Durchführbarkeit hat wie der Antrag des Vorstandes und daß damit einer großen Anzahl unserer Mitglieder Rechnung getragen würde, die viel lieber den Beitrag, welchen sie jetzt in eine Hilfskasse bezahlen, bei uns zahlen würden, wenn ihnen nur entsprechend ihrem Beitrag etwas geboten wird. Nach dem Vorstandsvorschlag wird die freie Hilfskasse nicht überflüssig gemacht, denn 6 Mt. pro Woche genügen nicht als Krankenunterstützung. Verbleiben die Mitglieder in der Hilfskasse, so haben sie in Zukunft pro Woche eine Mark Beitrag zu zahlen! Für eine Mark würden wir aber etwas ganz anderes leisten können. Die Mitglieder, die nach meinem Vorschlag beispielsweise 80 Pf. Beitrag bezahlen würden, hätten demnach pro Woche 20 Pf. gekostet und erhielten nahezu die Unterstühtung wie in der Hilfskasse. Machen wir also ganze Arbeit, denn die Hilfskassen haben sich überlebt, die Gewerkschaften können diesen Unterstühtungszweig vollständig selbst in die Hand nehmen, es wird sich dann um so eher ein Weg finden, die Metallarbeiter-Kranken- und Sterbekasse in unserem Verband aufgehen zu lassen.

Sterlohn.

B. Giesen.

Der Ausspruch des Kollegen Massatsch auf der Konferenz zu Regensburg veranlaßt mich, auch meine Ansichten über die Vorlage des Vorstandes zu entwickeln. Kollege Massatsch führte aus: „Nach keine Vorlage des Vorstandes habe so wenig Gegner gehabt als diese, und dies sei ein günstiges Zeichen.“ Ich bin jedoch anderer Meinung, ich glaube getraut behaupten zu dürfen, wenn die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Vorstandsvoelage genau durchgelesen hätten, so würde sich nur ein kleiner Bruchteil finden, der diese Vorlage annehmen würde. Wenn man die Vorlage und die Begründung näher ansieht, so wird man finden, daß kein einziger Punkt stichhaltig ist. Der Vorstand sucht einen Ausgleich zu schaffen, indem er die Umzugsunterstützung mit der Reiseunterstützung gleichstellt. Ich halte das für falsch, aus dem einfachen Grunde: Gegenwärtig erhält ein Mitglied nach fünfjähriger Mitgliedschaft eine Reiseunterstützung von 100 Mt. Nach der Vorlage des Vorstandes sollen diese Mitglieder nur noch die Hälfte erhalten. Was wird bei Annahme der Vorlage die Folge sein? In Zukunft werden viel weniger Mitglieder auf die Reise gehen; die auf der Reise Ausgesteuerten werden, wenn sie wieder arbeitslos geworden, dann ganz einfach am Orte, wo sie arbeitslos geworden sind, bleiben und Ortsunterstützung beziehen. Die Nachfrage nach Arbeit wird eine viel größere werden, und die Unternehmer werden das sicher ausnützen.

Der Vorstand führt weiter in seiner Begründung an, die Krankenunterstützung solle hauptsächlich deshalb eingeführt werden, damit auch den Mitgliedern auf dem Lande oder in den kleinen Städten etwas geboten wird, da diese Mitglieder nicht so oft arbeitslos werden wie die Kollegen in den großen Industriestädten und

daher keine Ortsunterstützung beziehen. Auch hier kann ich aus meiner eigenen Erfahrung nachweisen, daß gerade das Umgekehrte der Fall ist, gerade für die Mitglieder in den großen Industriestädten wird die Kasse viel mehr zu leisten haben als für die in den kleinen Ortschaften. Der Beweis wurde ja erbracht, als im Jahre 1901/02 die Krise hereinbrach. Da sind in den großen Städten prozentual viel mehr Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes krank gewesen als auf dem flachen Lande.

Der Vorstand führte vor zwei Jahren auf der Generalversammlung zu Berlin folgendes aus: Mit der Doppelversicherung sei es ein eigen Ding. Die gut fundierten freien Hilfskassen, die dem Arbeiter wirklich Gemäch bieten, daß er in Krankheitsfällen versichert ist, können ihre Aufgabe nur erfüllen, weil sie zunächst ihre Mitglieder durch das schmale Tor der ärztlichen Untersuchungen gehen lassen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß eine ganze Anzahl von Kollegen infolge dessen in den freien Hilfskassen nicht aufgenommen werden. Gewiß gibt es auch Kassen, die Mitglieder auch ohne ärztliche Untersuchungen aufnehmen, aber diese Kassen können wir unseren Mitgliedern nicht empfehlen, denn das sind meist Unternehmungen, die auf die Dummheit des Publikums spekulieren, die die Mitglieder nur schröpfen, ohne ihnen jemals Rechte einzuräumen. — Diese Ausführungen sind wieder falsch. Ich weiß aus meinen vielfährigen Erfahrungen in Nürnberg, daß dort mindestens zehn Arbeiterkrankenkassen sind, die keine ärztliche Untersuchung fordern. Diese Kassen florieren alle sehr gut, und sie haben größtenteils Gewerkschaftsführer als besolde Vorstände ange stellt. Auch in diesen Kassen ist eine einjährige Karenzzeit vorgeschrieben, aber eine so reaktionäre Bestimmung, wie es die Vorlage des Vorstandes wünscht, daß nach dieser Karenzzeit noch jedes Mitglied, das krank wird, acht Tage krank sein muß, ehe es Unterstühtung beziehen kann, findet man in keinem Statut. Es gibt eben viele Krankheiten, die nicht länger als acht Tage dauern, und dafür erhalten die Mitglieder nach der Vorlage keinen Pfennig. Die Unterstühtungen nach dieser Vorlage können die Kollegen ruhig entbehren, es ist das zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Wie wird immer räsonniert über die Gemeinden-, Orts- und Fabrikkrankenkassen, wo man bloß eine dreitägige Karenzzeit hat, ehe man Unterstühtung beziehen kann. Und uns nutzt der Vorstand zu, wir sollen einer Vorlage zustimmen, wo man erst sieben Tage krank sein muß, bis man Unterstühtung erhält.

Will man die Krankenkasse in dem Verband einführen, so müßte der Beitrag zu ihr die Woche mindestens 30 Pf. betragen, damit man auch den Mitgliedern etwas ordentliches bieten kann. — Es darf aber auch nicht vergessen werden: Wenn die Krankenunterstützung in unserem Verband eingeführt wird, daß wir dann gezwungen sind, all das unglückliche Menschenmaterial, das heute in den anderen Kassen nicht aufgenommen wird, aufzunehmen. Mit Leuten aber, die nur wegen der Unterstühtung zu uns kommen, einen Kampf zu führen, wäre eine gewagte Sache. Durch die Einführung der Krankenkasse in unserem Verband wird zwar der Kampfescharakter unserer Organisation nicht verschwinden, aber das behauptet ich: ein großer Teil unseres Kampfescharakters geht doch verloren. Daher bin ich auch Gegner jeder weiteren Unterstühtung im Verband, für Krankenunterstützung keinen Pfennig.

Für verfehlt halte ich es überhaupt, den Beitrag auf der diesjährigen Generalversammlung zu erhöhen, da durch die Vorlage des Vorstandes ein großer Teil der Mitglieder kopfscheu gemacht worden ist. Wir haben in den letzten zwei Jahren nach dem Geschäftsbericht der Bezirksleiter überall schöne Erfolge errungen, arbeiten wir noch zwei Jahre so weiter wie bisher, dann können wir auf der übernächsten Generalversammlung den Beitrag um ein kleines erhöhen, zwecks Stärkung gegenüber dem Unternehmertum. Denke also jeder einzelne Kollege über die Vorlage des Vorstandes nach, kläre jeder seinen Nebenkollegen auf. Das erste Prinzip unseres Verbandes ist und bleibt die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Das ist bedeutend wertvoller und praktischer für die Mitglieder als die beste Krankenversicherung. Daher wollen wir unseren Verband ausbauen zu einer mächtigen Kampfesorganisation, nicht aber zu einer großen Versicherungsanstalt.

Mannheim.

Fritz Borkner.

Die veröffentlichten Artikel über die Vorstandsvorlage geben die verschiedensten Meinungen wieder: Für Erwerbslosenunterstützung mit Erhöhung der Beiträge, wie vom Vorstand in Vororschlag gebracht ist; für Beibehaltung der jetzigen Unterstühtungseinrichtungen ohne Erhöhung der Beiträge u. s. w., je nachdem der betreffende Artikelschreiber es eben verkehrt, in seiner Weise „die Wurst nach der Spediteite“ zu werfen. Kollege Reichel sagte auf der Breslauer Konferenz folgendes: „An die Kollegen in den großen Industriebezirken Rheinland-Westfalen und Oberschlesien kommen wir mit unseren idealen Ansichten nicht heran, da locken wir keinen Hund hinter dem Ofen hervor; wir müssen die Leute bei ihrer wirtschaftlichen Lage zu packen suchen!“ Kollege Hans Ziegler, Frankfurt a. M. schreibt in Nr. 6 unserer Zeitung folgendes: „Es wäre traurig bestellt mit unserem Verband, hätten wir keine vorzüglichere Werkkraft als diese Unterstühtungen. Mit letzteren locken wir keinen Hund hinter dem Ofen hervor.“ — Zwei tüchtige Verbandskollegen, die darauf bedacht sind, den Verband an Mitgliedern so zu stärken, daß er jedem Unternehmerterrorismus gewachsen ist, und doch wie verschieden in den Ansichten! Allen Menschen recht getan, ist ein Ding, das niemand kann! Halte sich jeder dies vor Augen. Bis zur Generalversammlung wird noch mancher Saulus ein Paulus werden. Beherrigen wir die Worte des Kollegen Reichel auf der Breslauer Konferenz: „Gegenwärtig befinden wir uns in der Metallindustrie in aufwärtsstrebender Konjunktur, erhöhen wir die Beiträge auf dieser Generalversammlung, zwei Jahre später wäre es gewiß nicht angebracht, weil man so weit nicht vorausschauen kann wie die Geschäftslage da sein wird und schaffen wir durch die erhöhten Beiträge eine dementsprechende Unterstühtung. Der Kampfescharakter unserer Organisation wird in nichts verlieren; mehr denn je wird man uns mit scheelen Augen betrachten, weiß der Unternehmer doch ganz genau, ob er einen Unterstühtungsverein oder den Deutschen Metallarbeiter-Verband als Kampfesorganisation vor sich hat.“ Als echter Kampfhaß bin ich zwar für die vielen Unterstühtungsarten nicht eingekommen, aber aus praktischen Gründen habe ich schon zweimal dafür gestimmt und werde auch diesmal dafür zu haben sein.

Nun zum Eingehen des Kollegen Ziegler-Frankfurt a. M. Es ist das alte Lied, nur in etwas neuer Form: Der Verband wird zu einer Versicherungsanstalt, der Kampfescharakter sinkt auf 0,0 herab! Es liegt meines Erachtens doch nur an den Ortsverwaltungen, was die Kollegen in den Versammlungen für Belehrung empfangen; ob sie dadurch zu Mit-Unterstützungsmännchen erzogen werden, oder zu Kollegen, die darauf bedacht sein müssen, auf der Hut zu sein. Jede Ortsverwaltung muß es als Beleidigung ansehen, wenn es immerwährend heißt: „Die Kollegen werden zu Unterstützungsmännchen erzogen!“ Sehen wir uns verschiedene große Zählstellen an, so finden wir, daß aus dem Lokalfonds noch verschiedene andere Unterstühtungen bezahlt werden, als wir sie gegenwärtig laut Statut haben. Dort finden wir aber, daß die Kollegen auf den Vorbereiten der Unterstühtungen nicht einschlagen, sondern sich tüchtig reden und strecken. Warum also das große Lament?

Mit dem Antrag, das Reisegeld zu kürzen und mit der Umzugsunterstützung zu vereinigen, bin ich einverstanden. Daß die Kollegen dann aber weniger reisen werden, bezweifle ich; daß dann an Ortsunterstützung mehr ausbezahlt wird, damit wird der Vorstand schon gerechnet haben. Welcher Kollege wird, nur um Erwerbslosenunterstützung zu bekommen, eine ziemlich bezahlte Arbeitsstelle aufgeben oder sich ganz krank melden? Im ersten Falle kann den „faulen Köppen“, wenn solche darunter sind, geholfen werden (siehe S. 7 Abt. 12a des Statuts), im zweiten Falle sorgen die Krankenkassen dafür. Übrigens bezeichne ich es auch als unverständlich, daß, wer ein Handwerk gelernt hat, immerfort reist oder Ortsunterstützung bezieht, bis er als Schloffer, Formner u. s. w. wieder Arbeit erhalten und weiß wie lange es dauern sollte.

Nun zur Erwerbslosen- oder Krankenunterstützung. Kollege Reichel sagte auf der Breslauer Konferenz ungefähr folgendes: „Die Krankheit ist in größeren Städten weniger zu finden als in kleinen

Städten, erstens ist in Großstädten die Arbeitszeit eine kürzere, zweitens sind bessere Fabrikräume zu finden, während in kleinen Orten lange Arbeitszeit, ungesunde Fabrikräume, schlechter Löhne u. s. w. existieren, demzufolge die Krankenliste mehr gravieren und zu allem diejenige das Krankengeld sehr minimal ist. — Dazu möchte ich bemerken, daß der Krankenkassenrat den Kollegen in den kleinen Städten sehr dienlich und auch sehr willkommen sein wird. Doch hier bin ich mit Kollege Ziegler der Meinung, daß die großen Orte in demselben Maße, vielleicht in einem noch größeren, die Krankenunterstützung in Anspruch nehmen wie die kleinen. Es wird also durch die Krankenunterstützung kein Ausgleich geschaffen, sondern eine größere Ungleichheit. Daß es in größeren Städten procentual weniger Kranke gibt, beweist ich, wenn dort auch die Fabrikräume und vieles andere besser sind. Aber es fehlt eins: die Lebensspenderin „Sonne“, sie kommt nicht in die Stuben der großen Mietkasernen. Und wie mögen manchmal die Wohnräume aussehen?

Ziegler schreibt weiter: „Selbst wenn einträte, was der Vorstand glaubt, daß die uns fernstehenden in Massen unserem Verband der Unterstützung wegen beitreten würden, was ich natürlich nicht glaube, so wette ich hundert gegen eins, daß die auf diese Weise Gewonnenen zu 95 Prozent in den ersten Wochen wieder austreten würden und nur die, die ihre Klassenlage erkannt haben und sie auf Kosten des Unternehmertums, nicht auf Kosten der Arbeiterschaft, verbessern wollen, werden uns treu bleiben.“ Ja, lieber Kollege, gut gemeint, aber die Sache hinkt! Sollten uns wirklich nicht mehr treu bleiben als 5 Prozent? Und daß diese schon in den ersten Wochen ihre Klassenlage erkannt haben, steht doch auf der anderen Seite; vorherhand kennen sie in den ersten Wochen bei ihrem Eintritt all das nur vom Hörensagen. (Mir ist es wenigstens so gegangen.) Nur der Wille, dabei zu bleiben, weil der Freund oder Kollege dabei ist, hält die meisten die erste Zeit; und es denkt jeder: „Wenn nur das erste Jahr bald herum wäre, dann bekomme ich Unterstützung und wenn es auch „nur“ 6 Mk. sind.“ Nur allmählich, erst im Laufe der Zeit, entwickelt sich das Klassenbewußtsein. Ausnahmen sind natürlich die, denen der Vater den nötigen Schluß schon beigebracht hat. Ziegler schreibt weiter: Die Einführung der Krankenunterstützung im Verband halte er für nichts anderes, als für eine Besserung der Lage einzelner auf Kosten der gesamten organisierten Metallarbeiter. Meint Kollege Ziegler etwa die Kollegen, die in Hilfsklassen gegen Krankheit versichert sind? „Unser Zweck und Ziel ist aber — so schreibt der Kollege weiter — „unser Zweck auf Kosten der Unternehmer zu verbessern. Wir nehmen hier der kapitalistischen Gesellschaft Pflichten und Lasten ab, ohne daß wir einen Vorteil davon haben und übertragen sie der Arbeiterschaft. Dies verfolgt gegen meine sozialistische Überzeugung.“ — Ich bemerke dazu folgendes: Ich sehe auf dem Standpunkt wie bei der Meisterei, ob dieselbe am 1. oder 5. Mai oder am 1. Sonntag im Mai gefeiert wird, deswegen bleibe ich Sozialdemokrat. Wenn wir durch die Macht unserer Organisation den Unternehmern höhere Löhne abfordern und wir uns unsere Unterstützung selbst bezahlen, bezahlt sie doch eigentlich der Unternehmer. Warum schreibt man denn Artikel in unserer Zeitung gegen die Handlungsweise der Unternehmer, die den Unorganisierten aus ihrer eigenen Tasche Unterstützungsleistungen schaffen wollen, gleich wie in unserem Verband, ohne daß dieselben einen Pfennig Beitrag dazu zu leisten brauchen? Kollege Ziegler sieht zu schwarz. Daß von ihm jetzt schon die Parole ausgeht wird, Delegierte zu wählen, die entscheidend gegen die Krankenunterstützung stimmen sollen, halte ich für eine verfehlte Sache. Ich für meine Person würde es als Beleidigung ansehen, wenn ein Gegner der Krankenunterstützung sagen würde, ich sei ein minderwertiger Kollege.

Freiburg i. Schl.

Paul Jäger.

Die Lohnbewegung in der Berliner Gelbmetallindustrie.

In der Versammlung der Ausständigen am 13. Februar wurde bekanntgegeben, daß der Kollege Schneider mehrfach Unterredungen mit dem Chef der Firma Hirschhorn, Dr. Fürstheim, einem Mitgliede der Vertrauenskommission der Fabrikantenvereinigung, zwecks Beilegung des Streiks gehabt hat. Demnach habe Dr. Fürstheim sachliche Verhandlungen über den Tarif der Gürtler und Dräcker u. für die ganze Branche in sichere Aussicht gestellt, falls die Arbeit zuvor in allen Betrieben wieder aufgenommen würde. In Anbetracht der gegenwärtigen Situation empfiehlt Schneider in einem Antrage, den Vorschlag des Herrn Dr. Fürstheim, der sich sicher im Einverständnis mit den übrigen Fabrikanten befindet, in Erwägung zu ziehen und durch Anfrage von Beiratungskommissionen bei den einzelnen Fabrikanten festzustellen, inwieweit sie nach eventueller Wiederaufnahme der Arbeit den Forderungen der Streikenden und Ausgesperrten entgegenzukommen gedächten.

Die meisten Redner, mit Einschluß der Streikleitung, erklärten sich in Anbetracht dessen, daß sich die Streikenden durch das angelegte Vorgehen von Beiratungskommissionen bei den Fabrikanten absolut nichts vergeben würden, nach Lage der Sache für den Antrag. Eine Anzahl Redner wandten sich aber auch entschieden dagegen. Sie empfahlen, entweder nur vor Beendigung des Streiks, oder sonst überhaupt nicht in Verhandlungen einzutreten, ganz gleichgültig wie der Kampf auch endigen möge. Nachdem hierbei noch eine Aussprache über die bisherige Taktik der Streikleitung erfolgt war, beschloß die Versammlung schließlich mit etwa Dreiviertel-Majorität, aus den Streikenden jeder Werkstatt eine Kommission zu wählen, die bei den einzelnen Fabrikanten vorstellig wird und sich zu regieren hat, ob die Fabrikanten nach eventueller Wiederaufnahme der Arbeit Verhandlungen über die Tarifforderungen der Streikenden zuzulassen wollen. Grundbedingung solle jedoch sein, daß die Fabrikanten auf die Unterzeichnung des bekannten Reverses verzichten und die neunundzwanzig Arbeitszeit einführen, wo sie noch nicht besteht. Betont wurde ausdrücklich, daß niemand die Arbeit wieder aufnehmen dürfe, bevor nicht weitere Informationen erfolgt sind.

In der Versammlung am 16. Februar berichtete die Streikleitung über das Ergebnis der Kommissionsverhandlungen mit den einzelnen Fabrikanten. Demnach hat sich die Mehrheit der Fabrikanten zu Zugeständnissen bereit erklärt, falls die Arbeiter die Arbeit vorher aufnehmen und den Streik aufheben würden. Der übrige Teil der Fabrikanten verlangte bedingungslos die Wiederaufnahme der Arbeit (soweit Plätze vorhanden sind) und lehnte jegliche Zugeständnisse ab. Unter diesen Umständen empfiehlt die Streikleitung die Aufhebung des Streiks, da trotz opportunistischer Anstrengungen in dem zweiwöchigen Kampfe nicht mehr zu erreichen gewesen sei und eine Weiterführung des Streiks größere Erfolge nicht erwarten lasse. In der Diskussion erklärten sich mehrere Redner zwar entschieden für Fortsetzung des Streiks, doch die Mehrzahl stellte sich auf den Standpunkt der Vertrauensmänner, die sich mit allen gegen eine Stimme schlüssig geworden waren, die Beendigung des Streiks mit folgender Resolution zu empfehlen:

Die Vertrauensmänner der Streikenden und Ausgesperrten machen nach eingehender Prüfung der Sachlage den Vorschlag, den Streik im allgemeinen anzugehen. In den Betrieben, wo noch besondere Schwierigkeiten bestehen, bleibt die Regelung des im Betriebe beschäftigten Kollegen überlassen.

Bei der jährlichen Abstimmung, an der sich 1582 Personen teilnahmen, erklärten sich 982 Personen für und 545 gegen die Resolution, die übrigen Stimmen waren unglücklich. Da somit die parlamentarische Zweckmäßigkeit zur Weiterführung des Streiks nicht erreicht wurde, so war die Resolution angenommen und damit gleichzeitig die Beendigung des Streiks beschlossen.

Den Arbeitern wurde hierauf empfohlen, nach wie vor Disziplin zu halten und erst abzuwarten, ob der schamhaften Teil der Fabrikanten auch nach Wiederaufnahme der Arbeit auf seinem schon abgelehnten Standpunkte beharrt. Im Hinblick hierauf wurde auch in der Diskussion darauf hingewiesen, daß, solange die Streikenden und Ausgesperrten nicht alle in den Betrieben wieder untergebracht sind, die übrigen Metallarbeiter jene Betriebe meiden möchten. Auf

eine Anfrage wurde noch geantwortet, daß unter anderem auch die Firma Joseph in der Ritterstraße eine Bewilligung abgelehnt habe. In seinem Schlusswort würdigte Kollege Cohen eindringlich die Bedeutung dieses gewaltigen Kampfes, der, wenn auch diesmal wieder mißlungen, die Arbeiter dennoch keineswegs entmutigt habe.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irthümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 26. Februar der 9. Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. Februar bis 4. März 1905 fällig ist.

Nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge kann Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben.

Für lokale Zwecke:

Der Verwaltungsstelle in Gumboldingen die Erhebung einer monatlichen Extraleute von 10 Pf. pro Mitglied.
Der Verwaltungsstelle in Bochum die Erhebung einer monatlichen Extraleute von 50 Pf. pro Mitglied.
Der Verwaltungsstelle in Ferne i. W. die Erhebung einer wöchentlichen Extraleute von 5 Pf. pro Mitglied.

Für die notleidenden Bergarbeiter im Ruhrrevier einen wöchentlichen Extrabeitrag pro Mitglied von:

- 40 Pf. den Verwaltungsstellen in Rommels-Neuendorf, Pries;
 - 25 Pf. der Verwaltungsstelle in Straßfurt;
 - 20 Pf. den Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedern in Erbach, Hirschberg, Pomburg u. d. S., Koblenz, Meiningen, Birnmasens, Hadeberg, Spremberg;
 - 10 Pf. den Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedern in Auerbach, Graudenz, Gaißchen.
- Ferner monatlich der Verwaltungsstelle in Gera 15 Pf. (für zwei Monate), Halle 10 Pf.
Außerdem einmalig den Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedern in Blankenburg 50 Pf., Döbeln 30 Pf., Gotha und Landsberg a. W. 40 Pf.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 3 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Warmer: Der Klempner Richard Schlieter, geb. am 14. April 1862 zu Bronberg, Buch-Nr. 630674, wegen Denunziation.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: Der Schlosser Robert Golla, geb. am 25. Dezember 1862 zu Borsigwerk, Buch-Nr. 634412, wegen Spitzelerei und Denunziation; der Schlosser Wladislaus Kwiatkowski, geb. am 4. April 1869 zu Konarz, Buch-Nr. 193335, wegen unkollegialen Verhalten und Denunziation.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bielefeld: Der Kesselschmied Heinrich Saumann, geb. am 13. April 1867 zu Brackwehe, Buch-Nr. 108383, wegen unkollegialen Verhalten.

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Chemnitz: Der Dreher Willi Lorenz, geb. am 23. Februar 1855 zu Chemnitz, Buch-Nr. 655405; der Klempner Gotthold Walther, geb. am 18. März 1862 zu Oberwiesenthal, Buch-Nr. 530425, beide wegen Streibruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Juriwangen: Der Mechaniker Leo Utzler, geb. am 5. Februar 1881 zu Mähringen, Buch-Nr. 633983, wegen Denunziation.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Karlsruhe: Der Schleifer Jakob Sped, geb. am 21. Dezember 1878 zu Karlsruhe, Buch-Nr. 551098, wegen Streibruch.

- Auf Antrag der Einzelmitglieder in Leipzig:
- Der Bauhofsler Theodor Baum, geb. am 22. Juni 1874, Buch-Nr. 634225;
 - dc. Bauhofsler Ernst Berthold, geb. am 11. März 1864, Buch-Nr. 635175;
 - der Bauhofsler Franz Brodmann, geb. am 16. Oktober 1893, Buch-Nr. 552452;
 - der Bauhofsler Walter Eckhardt, geb. am 24. Mai 1886, Buch-Nr. 716934;
 - der Bauhofsler Friedrich Hermann Falkner, geb. am 27. April 1873, Buch-Nr. 536354;
 - der Bauhofsler Paul Willi Fider, geb. am 10. März 1886, Buch-Nr. 634223;
 - der Bauhofsler Fritz Focke, geb. am 19. April 1885, Buch-Nr. 591459;
 - der Bauhofsler Arthur Frauendorf, geb. am 30. Juni 1875, Buch-Nr. 536196;
 - der Bauhofsler Max Friedrich, geb. am 26. März 1887, Buch-Nr. 634294;
 - der Bauhofsler Rudolf Geyer, geb. am 24. Januar 1880, Buch-Nr. 634072;
 - der Bauhofsler Paul Gastendorff, geb. am 4. Januar 1886, Buch-Nr. 716931;
 - der Bauhofsler Max Albert Hartig, geb. am 11. August 1855, Buch-Nr. 716568;
 - der Bauhofsler Paul Heffel, geb. am 1. Februar 1882, Buch-Nr. 716557;
 - der Bauhofsler Karl Hepler, geb. am 12. August 1884, Buch-Nr. 633091;
 - der Bauhofsler Otto Arthur Horn, geb. am 16. Febr. 1865, Buch-Nr. 717574;
 - der Bauhofsler Max Kändler, geb. am 11. Januar 1885, Buch-Nr. 633669;
 - der Bauhofsler Robert Käppler, geb. am 9. September 1885, Buch-Nr. 716962;
 - der Bauhofsler Johann Kohl, geb. am 16. Mai 1875, Buch-Nr. 716578;
 - der Bauhofsler Otto Köppler, geb. am 31. Juli 1882, Buch-Nr. 717363;
 - der Bauhofsler Hermann Kraus, geb. am 2. Dezember 1886, Buch-Nr. 717368;
 - der Bauhofsler Franz Lucas, geb. am 20. September 1874, Buch-Nr. 634126;
 - der Bauhofsler Gustav Lehmann, ?
 - der Bauhofsler Walter Leonhardt, geb. am 5. Dezember 1872, Buch-Nr. 634091;
 - der Bauhofsler Max Macher, geb. am 13. Mai 1853, Buch-Nr. 616578;
 - der Bauhofsler Paul Margraf, geb. am 17. Oktober 1880, Buch-Nr. 610182;
 - der Bauhofsler Paul Otto Opp, geb. am 24. April 1885, Buch-Nr. 632961;
 - der Bauhofsler Gustav Panzer, geb. am 6. Juli 1876, Buch-Nr. 717364;
 - der Bauhofsler Robert Pittag, geb. am 8. April 1886, Buch-Nr. 717375;
 - der Bauhofsler Franz Reinitze, geb. am 10. März 1883, Buch-Nr. 716934;

- der Bauhofsler Arno Richter, geb. am 10. März 1886, Buch-Nr. 717376;
- der Bauhofsler Otto Richter, geb. am 19. September 1886, Buch-Nr. 716959;
- der Bauhofsler Robert Richter, geb. am 5. November 1879, Buch-Nr. 522651;
- der Bauhofsler Wilhelm Richter, geb. am 28. April 1872, Buch-Nr. 522637;
- der Bauhofsler Karl Röpler, geb. am 26. Februar 1881, Buch-Nr. 694232;
- der Bauhofsler Arthur Selle, geb. am 23. November 1882, Buch-Nr. 716932;
- der Bauhofsler Robert Steudel, geb. am 13. März 1879, Buch-Nr. 716880;
- der Bauhofsler Walter Träpftmann, geb. am 21. März 1885, Buch-Nr. 633190;
- der Bauhofsler Richard Tuschke, geb. am 13. Februar 1886, Buch-Nr. 635190;
- der Bauhofsler Friedrich Wilhelm, geb. am 3. Dezember 1874, Buch-Nr. 86221;
- der Bauhofsler Paul Wiesner, geb. am 4. März 1869, Buch-Nr. 633872;
- der Bauhofsler Kurt Winter, geb. am 14. März 1879, Buch-Nr. 522635;
- der Bauhofsler Fritz Wolf, geb. am 12. März 1886, Buch-Nr. 694186, familiäre wegen Streibruch.

Nicht wieder aufgenommen werden darf: Auf Antrag der Einzelmitglieder in Chemnitz: der Hilfsarbeiter (Hobler) Emil Julius Wagner, geb. am 23. März 1868 zu Chemnitz, wegen unkollegialen Verhalten.

Öffentlich gerügt werden: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: der Mechaniker Ackermann in Berlin, wegen unkollegialen Verhalten und Nichtbeachtung einer an ihn ergangenen Einladung zur Rechtfertigung.

Auf Grund eines Ausschlussantrags der Einzelmitglieder in Leipzig: der Bauhofsler Paul Lautenschläger, geb. am 13. März 1867; der Bauhofsler Paul Nuth, geb. am 20. Mai 1878; der Bauhofsler Max Otto, geb. am 8. Januar 1879; der Bauhofsler Theodor Röder, geb. am 30. April 1877; der Bauhofsler Hermann Straube, geb. am 19. Sept. 1869, wegen unkollegialen Verhalten.

Aufforderung zur Rechtfertigung. Die nachfolgenden genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluss aus dem Verband.

Philipp Scheerer, Schlosser, geb. am 24. Mai 1875 zu Ludwigshafen, Buch-Nr. 491606, Verwaltungsstelle Kassel, betreffend Veruntreuung von Verbandsgeldern.

Alfred Kurt Bachmann, Dreher, geb. am 19. Juni 1880 zu Gablenz, Buch-Nr. 746021, Verwaltungsstelle Kassel, betreffend verfehlte Schwindbeile.

Max Peter, Kesselschmied, geb. am 25. Februar 1884 zu Mühlhausen i. Th., Buch-Nr. 528900, Verwaltungsstelle Hörde, betreffend Schwindbeile.

Paul Kersten, Former, geb. am 16. Dezember 1872 zu Dessau, Buch-Nr. 717617, Verwaltungsstelle Karlsruhe, betreffend Schwindbeile.

Karl Böttger, Former, geb. am 29. Juli 1884 zu Böbnitz, Buch-Nr. 555109, Verwaltungsstelle Bitterfeld, betreffend Denunziation.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialen Gruß

Der Vorstand.

Quittung

der Eingänge für die streikenden Ruhrbergleute (bis 18. Februar).

Von der Verwaltungsstelle: Bergedorf 80 Mk., Differdingen 36,70, Ebighelm-Doppau 34,30, Frechenheim 10, Giepen 100, Jena, Mechaniker 141,30, Kempen 15, Leupheim 9,85, Neustadt a. d. S. 50, Schwabach, Algenmeine 60, Sulz 145,05, Torgelow 39,05, Wittenberg 50, Dassel 10, Delmenhorst 20, Emmendingen 38, Eisenberg, S.-M. 16, Frankfurt a. M. 1200, Jena 120, Landsberg 10, Landsbut 30, Meiningen 10, Neppen 25,50, Saalfeld 200, Spremberg 16,35, Usterjen 10,50, Zeulenroda 40, Bremerhaven 120, Dessau 200, Erbach 16,70, Gelnstedt 18,70, Gersfeld 4,50, Jngolsladt 15, Jferloh 100, Konstanz 20,45, Kottbus 47,57, Lauenburg 30, Lübeck 176, Luxemburg 11,30, Neumarkt (Oberpfalz) 5, Osterholz-Scharmbeck 25, Pinneberg 10, Ravensburg i. L. Sebaldsbrück 36,60, Riezen 7,70, Worms 36,80, Wugsburg 171,66, Esterwerda 44,75, Freising 8,50, Gera 200, Heilbrunn 124,40, Hocht 20, Koblenz 46, Nordenham 10, Offenbach 200, Birnmasens 15, Rathenow 93,80, Schwabach, Aluminiumschläger 17, Schwabach, Feingoldschläger 50, Stuttgart 1000, Witten 38,85, Barmen 900, Bielefeld 2000, Elbing 57,54 (darunter 14,44 Mk. vom Maskenball der Former), Glesburg 100, Grünberg 7, Hirschberg 60,70, Krefeld 66,90, Magdeburg 22,50, Mühlheim a. Rh. 200, Maguhn 12, St. Georgen 36,30, Siargard i. P. 6, Von den Einzelmitgliedern: Baugen 100, Groitzsch 35,75, Großschönau 30, Gröna 7,50, Hainichen 10, Kronenberg 49,05, Meerane 30, Neugersdorf 42,20, Hadeberg 10, Von R. Höllmer, Bad Rothenfeld 32,30, A. Hirthe, Aue 100 (darunter 12,50 von Sachsenfeld und 4,10 von Grandorf), Vorhölzer, Zellerammlung von Karlsruhe 30 (darunter 4 von der Vertrauensmännervereinigung), Conzelmann, Stuttgart 5, Arbeiterverein Berthelm 12,50, L. Einbach, Dillingen 2, F. Wolf, Salungen-Dittas 1. In Summa 9408,75, bereits quittiert 55179,72, im ganzen 64888,47 Mk.

Zu berichtigen in der Quittung Nr. 6 ist, daß von Dresden nicht 200, sondern 2000 Mk. eingekandt wurden. Ferner sind nicht von Bremen, sondern Bremen-Sebaldsbrück 91,05 Mk. eingekandt.

Alle für die Bergarbeiter bestimmten Gelder sind getrennt von Verbandsgeldern an die Adresse des Hauptkassiers einzusenden und dürfen auf den Quartalsabrechnungen nicht verrechnet werden. Wir ersuchen allwöchentlich einzusenden, damit wir in gleicher Weise abliefern können.

Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Drahtziehern nach Aachen (Denck & Co.) St.;
- von Dreher, Schleifern und Schlossern nach Köln-Ehrenfeld (Wagner);
- von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Essen (besonders Union und Firma Wolf) D.; nach Gevelsberg-Milpe (Häpfer, St.; nach Liegnitz (Gubisch) D.; nach Solingen (Woop, Inhaber Stöcker); nach Torgelow in Pommern; nach Zwickau (Hoffmann & Zintzen) M.;
- von Goldarbeitern nach Bromberg (Unverferth) St.;
- von Gürtlern, Drückern, Schleifern, Weizern, Drehern und Metallformern nach Berlin; nach Liegnitz (Schulder) D.;
- von Härtlern nach Wald (Erm);
- von Kesselschmiedern nach Dortmund und Umgegend;
- von Klempnern und Zunftalten nach Burg (Einbeck) D.; nach Gen; (Schwarz);

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bielefeld (Sohmann-Fahrradfabrikfabrik) St.; nach Hurlwangen (S. Köpfer & Söhne, Maschinenfabrik) D.; nach Hannover (Waggonfabrik) St.;
 von Metallgießern nach Düsseldorf (Marxmann & Petersmann) St.; nach Herswalde (Lunig) St.;
 von Schlägereiarbeitern nach Solingen (Emil Wolfert) D.;
 von Schlossern nach Zürich (Schweiz) L.;
 von Schweißern und Polierern nach Velbert (Schloßfabrik) G. Judich) St.;
 von Kesselhebern, Oculentzen, Schmelzern, Drechern, Schlossern und Ziehern nach Wien (Stahl- und Presswerke Deng & Co.) St.;
 von Zinngießern und Schleifern nach Hilden bei Düsseldorf (Peimendahl & Keller) St.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Aufsperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; H.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Revolutionsmächtigsten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Formen.

Forst (M.-L.). Unter der Spitzmarke „Lügen haben kurze Beine“, verurteilt der Generalrat des Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter in der Nr. 6 des Gewerkschafts den Streikbruch der Hiesige bei der Firma Marber in Forst, und unsere Behauptung: der Generalrat hätte den beantragten Ausschluß der Gewerkschaftsmitglieder abgelehnt, als „Lüge“ zu bezeichnen. Wir sind nicht in der Lage, auch nur ein Wort von unserer Behauptung zurückzunehmen zu können. Ein Irrtum ist allerdings in unserem Artikel enthalten und zwar heißt die eine Arbeitswillige nicht Hermann, sondern Hermann Schulz. Wenn der Generalrat, wie in dem Gewerkschaftsbericht behauptet wird, der Sache aus dem Grund gegangen ist, dann wäre es ihm ein leichtes gewesen, festzustellen, wer von den Gewerkschaftsmitgliedern Streikbrecherdienste bei Marber leistete. Aber darauf kommt es dem Generalrat nicht an, Streikbruch ist eben für ihn kein Grund, Mitglieder auszuschließen, und die alberne Redensart: „Wir haben von nichts gewußt“, muß herhalten, um den Streikbruch der Gewerkschaftsmitglieder zu entschuldigen. Daß dies nur eine Ausrede ist, beweisen folgende Tatsachen: Am dem Tage (28. November 1904), an dem der Streik bei Marber ausbrach, wurde dem Kassier des Gewerkschafts (Wolgischer Kappel) in Forst sofort über den Ausbruch des Streiks Mitteilung gemacht. Herr Kappel und die Vorstandsmitglieder des Gewerkschafts berichteten, wie Kappel bestätigt, sofort nach Westfalen. Auch von unserer Seite ist der Gewerkschaftsleitung in Westfalen sofort über den Ausbruch des Streiks Nachricht zugegangen. Als nun das Mitglied Hensel vom Gewerkschaftsverein bei Marber in Arbeit trat, wurde der Vorsitzende des Gewerkschafts in Westfalen auch davon benachrichtigt. Auf seine Anfrage in Forst wurde bestätigt, daß Hensel bei Marber als Arbeitswilliger eingetreten sei. Hierauf beschäftigte sich die Monatsversammlung des Gewerkschafts in Westfalen mit dieser Angelegenheit. In dieser Versammlung wurde der Ausschlußantrag gegen Hensel gestellt und angenommen. Der Generalrat lehnte, wie uns von den Mitgliedern des Gewerkschafts in Westfalen mitgeteilt wird, den Antrag auf Ausschluß Hensels ab mit der Begründung: Für ihn (den Generalrat) existiere in Forst kein Streik. Danach sieht trotz der Behauptung des Generalrats im Gewerkschaftsbericht: „Die Ortsvereine in Forst und Westfalen hätten von einem Streik bei Marber nichts gewußt“, fest, daß dies nur eine Ausrede ist. Sonst kommt noch, daß die Märkisch-Lausitzer Volks-Zeitung, das Verblatt der Hiesige in der Lausitz, ebenfalls den Bericht der Monatsversammlung, in dem auch der Ausschlußantrag gegen Hensel enthalten ist, brachte. Sollte der Generalrat in Berlin auch davon keine Kenntnis haben? Trotz dieser Tatsachen wagt es der Generalrat, von „Lügenpetern“ zu reden, die keine Scham mehr empfinden. Natürlich trat der Regulator bei diesem Schimpfen und Abwiegeln in edlen Weltstreit mit dem Gewerkschaftsverein. Ein nettes Brüderpaar!

Gold- und Silberarbeiter.

Düsseldorf. Schon zu wiederholten Malen haben wir im Verbandsorgan Stellung genommen zu den wenig zufriedenstellenden Verhältnissen in den hier befindlichen Betrieben. Namentlich die Silberwarenindustrie ist es, in der die Lohn- und Arbeitsbedingungen sich stetig verschlechtern. Wenn schon der Indifferentismus unter den hiesigen Metallarbeitern im allgemeinen sehr groß ist, so treibt er doch in unserer Branche besondere Blüten. Es sind hier zwei große Silberwarenfabriken vorhanden. Die Bestarbeiter sind überhaupt nicht organisiert, infolgedessen hat man auch die Löhne in der Bestarbeiterbranche fortwährend heruntergedrückt, ohne daß es möglich gewesen wäre, irgend etwas dagegen zu unternehmen. Von den Corpusarbeitern ist ein Teil organisiert, während es ein Teil nicht notwendig zu haben glaubt. Die Betriebsleitungen gehen denn auch infolgedessen in ihren Maßnahmen rigoros und einseitig vor, ohne die Arbeiter im mindesten zu fragen. So wurde auf den Vereinigten Silberwarenfabriken ein Plakat ausgehängt, daß die Firma gewagt sei, auf allseitigen Wunsch die Arbeitszeit auf 9 Stunden zu reduzieren. Als nun die Kollegen, die in Stundenlohn beschäftigt sind, beim Direktor vorstellig wurden, um auch eine entsprechende Erhöhung des Stundenlohnes zu bekommen, wurde ihnen das rundweg abgelehnt. Das ominöse Plakat wurde dann dahin abgehängt, daß wegen Mangel an Kohlen und Bestellungen die Arbeitszeit reduziert werden müßte. Mit dem „allseitigen“ Wunsch war es also Dummbug. Als infolge dieser Plakatgeschichte und des zu erwartenden Verdienstaussfalls einige Kollegen ihre Kündigung einreichten, ludte die Firma wieder in Pforzheim, Gmund und im Zentralanzeiger „Lüchtige, erstklassige Silbermeister“. Wir eruchen die Kollegen in den genannten Orten, vorzüglich zu sein. Die Lebensbedingungen sind in Düsseldorf außerordentlich teuer. Ein lediger Kollege muß 12 bis 13 Mk. wöchentlich für Kost und Logis bezahlen. Den hiesigen Kollegen aber möchten wir zum wiederholten Male raten, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen.

Metallarbeiter.

Düsseldorf-Neisholz. Die Firma Soefft & Cie. konnte sich früher in ihren Prospekten rühmen, daß sie einen alten Arbeiterstamm besitze, und sie konnte die Güte ihrer Fabrikate damit in Verbindung bringen. In letzter Zeit hat sich dieses Verhältnis bedeutend geändert. Der Betrieb scheint sich allmählich zum Laubenschlag zu entwickeln. Aber nicht nur bei den Arbeitern ist dieses der Fall, auch die Beamten wechseln außerordentlich häufig. Was der eine einrichtete und für gut befand, wirt der andere wieder um. Jeder möchte seine Kunst an der Welt bringen. Daß solche Verhältnisse in einem Präzisionsmaschinenbau die Rentabilität des Betriebes aufheben, liegt auf der Hand. Die Leidtragenden sind die Arbeiter. Es muß billiger, er muß intensiver gearbeitet werden. Sonderbarer Weise sollen auch Überstunden dazu dienen, die Rentabilität des Betriebes zu erhöhen. Nach diesem Rezept lachte man auch in der Schlosserei mit Hilfe eines neuen Meßers billigere Arbeit zu bekommen, indem man willkürlich Lohnabzüge bis zu 50 Pf. pro Tag in Kraft treten ließ. Die Schlosser waren aber nicht gewillt, sich ihre ohnehin nicht glänzenden Existenzverhältnisse noch mehr verschlechtern zu lassen. Nachdem sie einmütig ihren Austritt aus dem Arbeitsverhältnis erklärt hatten, gab die Firma nach und bezahlte den alten Lohn weiter, auch die Entlassung eines Kollegen wurde

rückgängig gemacht. Auch die Verhältnisse in der Dreherei, in der Formerei und in der Blechbude lassen zu wünschen übrig. Namentlich letztere ist ein Laubenschlag, wie man selten einen trifft. Meister K., der hier die Autorität der Firma zu wahren hat, besorgt das in gründlichster Weise, er macht zu diesem Zwecke weitgehende Vorleihen im Wortschatz der zoologischen Wissenschaft: „Sie sind wohl verrückt, was Sie da gemacht haben, ich kappe, da gibts keinen Doz dafür!“ Das sind so die Stilblüten des Meisters K., der bei der Firma in hohem Ansehen stehen soll. Diese Behandlung und die hohen Löhne bringen es mit sich, daß Meister K. bei 15 bis 20 Arbeitern im Betrieb einige hundert Abkehrscheine im Laufe des Jahres verschleift. Unter der allgemeinen Mißere leidet auch die Gießerei. Nachdem durch das Selbstlegieren eines Herrn Betriebsingenieurs a. D. ganze Berge von Schrott entstanden sind, ist die Ausschubfrage brennend geworden. Während früher nur das abgezogen wurde, woran der Former ein Verschulden hatte, heißt es jetzt einfach: „Was ich nicht gebrauchen kann, bezahle ich nicht.“ Es soll auch hier billiger gearbeitet werden. Obwohl gegen diesen Grundsatz wenig eingewendet werden kann, so wäre doch in erster Linie den technischen und praktischen Einrichtungen in der Gießerei mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. So sind zum Beispiel zwei Bahnen vorhanden, wofür in anderen, gleich großen Gießereien 10 bis 12 vorhanden sind. Man spart an einigen Wasserleitungsröhren und guten Schläuchen und setzt es nachher bei der Arbeit dreis- und vierfach zu. Der Former legt doch seinen Akkordberechnungen die technischen Einrichtungen zugrunde. Auch die Trinkwasserfrage könnte bald ihre Lösung finden. Oder sollen die Arbeiter jedesmal aufs Klosett gehen, wenn sie Wasser trinken wollen? Wie man zu sparen beliebt, sieht man am deutlichsten in der Hühnerk. Früher machten hier die Arbeiter 5 bis 6 Puffer, lüchtige, eingearbeitete Leute, die 6 Mk. pro Tag verdienten. Heute machen diese Arbeiter 10 bis 12 Mann, die etwa 3 bis 3,50 Mk. verdienen. Dabei sind es jetzt 15 Former, früher 25 bis 30. Die Akkordlöhne in der Gießerei sind auch zum Teil auf einem Niveau angelangt, daß es den Kollegen unmöglich ist, ihren Lohn zu verdienen. Einige jüngere Kollegen haben sich bei uns auf dem Bureau in deutlicher Weise darüber geäußert. Die Verteilung der Arbeit geschieht eben nicht immer in gerechter Weise. Auswärtige Kollegen, die bei Soefft Arbeit aufnehmen wollen, sollen sich erst bei unserer Geschäftsstelle erkundigen.

Essen a. N. Vor mehreren Wochen fanden unter Leitung des Herrn Oberbürgermeisters Zweigert Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern statt, darunter auch zwischen der Klempern- und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und dem Christlichen Metallarbeiter-Verband. Die von den Hünslern dabei zum besten gegebenen Ergüsse stammten aus vorläufiglicher Zeit. Das „kolossale Verständnis“ auf sozialpolitischem Gebiet, das diese Herren bekundeten, erregte deshalb während der Verhandlung oft die größte Heiterkeit. Unsere Kranten, wie man sie allgemein nennt, haben im Laufe der Zeit nichts gelernt, an ihnen ist alles spurlos vorübergegangen, ohne daß sie merken, wie wenig Raum für Kunst und Feingehirne jetzt vorhanden ist. Doch wir wollen den alten Herren nicht unrecht tun, etwas haben sie von der neuen Zeit doch begriffen, das ist die Ausbeutung von „Zehrlingen“. Natürlich werden sie nicht Zehrlinge genannt — bewahre! Jugendliche Arbeiter werden sie genannt, die sich bei irgend einer Spezialarbeit einschleusen und dann bei einem niedrigen Verdienst für den armen Jungmeister frönen. Doch traurig sind diese Jugendlichen daran, wenn sie wo anders, nicht mehr als jugendliche Arbeiter, in Arbeit treten. Wie einer dieser Jungmeister es versteht, auf seine Art den jetzigen Verhältnissen Rechnung zu tragen, möge folgender Brief beweisen, den ein Arbeiter dieser Tage erhielt: „Herrn M. N. in ... Vor einiger Zeit haben Sie sich bei mir um den Posten eines Materialverwalters beworben, und teile Ihnen mit, daß der Posten noch frei ist und, falls Sie noch hierauf reflektieren, wollen Sie nochmals bei mir vorbeisprechen. Mit diesem Posten sind folgende Arbeiten verbunden: Kontrolle der Arbeiter, Verwaltung des Lagers und der Materialien sowie Kontrolle der ein- und ausgehenden Materialien. Die Arbeitszeit ist von morgens 6 1/2 bis 12 1/2, und von 1 1/2 bis 7 1/2 abends. Lohn bezahle ich für diesen Posten 3 Mk. pro Tag. Ihren Nachrichten respektive Besuch sehr entgegen und zeichne Hochachtung H. von der Wappen.“ — Kommentar überflüssig.

Friedrichshafen. In der am 12. Februar von der Ortsverwaltung Lindau hier einberufenen öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung referierte Kollege G. K. aus Nürnberg über den Bergarbeiterstreik und seine Bedeutung für die Metallarbeiter. Der Referent entlegte sich in andertausendstündigem Vortrag seiner Aufgabe unter allgemeinem Beifall. An der Diskussion beteiligte sich ein Redner der Hiesigen Dünkerschen Gewerkschaft und Christlichen Gewerkschaften im Sinne des Referenten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im Gasthof zum Hirschen stattfindende Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden, spricht den streikenden Bergleuten ihre vollste Sympathie aus und erklärt sich bereit, selbige finanziell zu unterstützen, so gut es in ihren Kräften steht. Sie erwartet von der Regierung, daß sie dem probigen Verhalten der Kohlenbarone entgegentritt und den Bergarbeitern zu ihrem guten Rechte verhilft. Zugleich verspricht sie, dahin zu wirken, daß der letzte Mann seiner Organisation zugeführt wird.“ — Eine vorgeschlagene Sammlung zugunsten der Bergarbeiter ergab 11,80 Mk. — Endlich ist es doch gelungen, in diesem noch so finstern Winkel am schwäbischen Meer Eingang zu finden. Unsere Kollegen werden dafür sorgen, daß unsere Organisation auch hier feste Wurzeln schlägt.

Hurlwangen. Am 11. Februar fand hier eine öffentliche Versammlung statt, die sich mit den Differenzen in der Maschinenfabrik von S. Köpfer & Söhne befaßte. Kollege Vorhölzer legte dar, wie durch den Herrenstandpunkt der Gebrüder Köpfer sich das Arbeitsverhältnis bei denselben stets verschlechterte; durch Maßregelungen der Kollegen wurde aber dem Fraß der Boden ausgeglichen. Die organisierten Arbeiter haben mehrere Male versucht, mit der Firma zu unterhandeln, die Herr: haben das aber schroff abgelehnt. Eine Liste, die ihnen überreicht wurde, haben sie zerissen und den Arbeitern vor die Füße geworfen. Redner ging auf ein Flugblatt ein, das die Firma öffentlich verbreiten ließ. Darin werden die beiden gemäßigten Kollegen auf die gemeinste Art verächtlich und heruntergerissen. Diese Angelegenheit wird noch an anderer Stelle zum Ausdruck gebracht werden. Nach Verlesen einer Resolution, die der Versammlung zur Annahme empfohlen wurde, erhielt Herr Rudolf Köpfer das Wort zur Verteidigung. Wer aber glaubte, daß er etwas zur Entlastung der Firma vorbringen könnte, sah sich getäuscht, nur die Behauptungen im Flugblatt laute er wieder, von seiner angerufenen Zeugen wurde das Unhaltbare seiner Behauptungen nachgewiesen. Im Schlußwort geistliche Kollege Vorhölzer noch einmal das Verhalten der Fabrikanten, legte aber den Anwesenden dar, daß es unbedingt notwendig sei, daß alle Arbeiter sich in der Organisation zusammenzuschließen, um gegen solche Vergewaltigungen geschützt zu sein. Am Schluß der Versammlung versuchte ein gewisser Kanneke, der in Frankfurt a. M. gut bekannt ist, die Firma zu verteidigen, mußte sich aber eine derbe Abfuhr gefallen lassen. Die Resolution, in welcher das Verhalten der Firma verurteilt und an den Pranger gestellt wurde, fand gegen circa 15 Stimmen Annahme. — Ein Mechaniker Baumgärtner im benachbarten Städtchen Böhrenbach spielte den Streikbrecheragenten der Firma Köpfer, er wollte im Vorwettbewerb die Durchreisenden abfangen. Die Kollegen haben ihm aber das Geschäft unrentabel gemacht, so daß der liebe Mann jetzt wieder in der Werkstätte arbeiten muß. Bis jetzt sind außer einem Böhmern und einem Schmeier keine Streikbrecher im Betrieb. Die meisten unserer Kollegen sind abgewen. Wir glauben, daß die Herren Köpfer es sich in Zukunft überlegen werden, ehe sie wieder eine Kraftprobe unternehmen. Den Kollegen Hurlwangers rufen wir aber zu: Tretet dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei! — Zutug ist unter allen Umständen fernzuhalten.

Riel. Die hiesige Firma Friedrich Krupp, Aktiengesellschaft Germania-Werft, sucht in ganz Deutschland in den General-Anzeigern und ähnlichen Wurzblättern tüchtige Schlosser, Dreher u. s. w. bei hohem Lohn und Akkord. Es wird ein Ver-

dienst von 55 bis 60 Pf. pro Stunde versprochen. Schon mancher, der mit frohen Hoffnungen hierhergekommen ist und sich eingestellt wurde, hat die gähtlichen Hallen der Firma Krupp und zu den meisten Fällen auch Riel enttäuscht wieder verlassen. Die Zeitlöhne sind im Riel ungemein niedrig. So ist es vorgekommen, daß Schlosser auf der Germania-Werft mit — sage und schreibe — 80 Pf. die Stunde eingestellt worden sind und zum Teil noch heute darauf stehen. Da ist es dann die Akkordarbeit, die dem Arbeiter hier erst die ersten ermöglichen muß. Hierin läßt aber gerade die Germania-Werft viel zu wünschen übrig. Obwohl zur Berechnung der Akkorde mehrere „Kalkulatoren“ angestellt sind, scheint diesen Herren die Erfüllung ihrer Aufgabe doch ungemein schwer zu fallen. Es kommt gar nicht selten vor, daß ein Arbeiter erst dann den Akkordzettel erhält, wenn die Arbeit beinahe fertig ist. Dann hat der Kalkulator sich die Zahl der verarbeiteten Stunden von dem Meister mitteilen lassen und danach den Preis „berechnet“. Dabei springt im günstigsten Falle für die Arbeiter dann noch ein Kratzen heraus. Auch ist es schon vorgekommen, daß Arbeiter in der Meinung, die Arbeit in Lohn auszuführen, sich darüber wunderten, daß ihnen für die geleisteten Überstunden gar kein Zuschlag gewährt wurde, wie dies doch die Arbeitsordnung vorschreibt. Auf dem Lohnbureau wurden sie dann darüber belehrt, daß sie Akkordarbeit geleistet hätten und daß der Akkordpreis gerade verarbeitet sei. Für Überstunden in Akkord gibt es aber keinen Zuschlag. Nabel, nicht wahr? Die Firma ist mit Aufträgen überhäuft, so daß sie teilweise mit Nachschichten arbeiten lassen muß. Auch ein ausgebehtes Überstundenmaß ist an der Tagesordnung. Um so unbegreiflicher ist es, daß in letzter Zeit verschiedene unternommen worden ist, was die Arbeitsbedingungen direkt verschlechtert. Die Folge davon ist denn auch ein starker Wechsel unter der Arbeitererschaft. Es finden täglich Einstellungen statt, aber täglich sehen sich auch Kollegen veranlaßt, die Arbeit wieder aufzugeben. Darum ist es jedem Kollegen, einzelnd von welcher Branche, der beabsichtigt, den verlockenden Anzeigen zu folgen, dringend anzuraten, sich dies vorher genau zu überlegen, um so mehr, wenn er auf dauernde Stellung respektiert.

Köln-Chrenfeld. Wunderbare Blüten zeitigt der Ausbruch bei der Firma Bayha in Chrenfeld. Als am Sonntag den 29. Januar nach Schluß einer Biererei die Herren Langut und Schult in der Wirtschaft Kuhles, Ecke der Theobaldstraße, landeten, wo sich unter anderem auch einige Streikende eingefunden hatten, kam es zu jenen heftigen und ihren früheren Vorfällen zu allerhand Auseinandersetzungen. Wie es nun in solchen Fällen, wo auch der Alkohol seine Wirkungen ausgeübt hat, allgemein geschieht, so suchten die Herren Beamten die Schuld an dem Streik bei der Firma zunächst auf die rauhe Vorgehen der Arbeiter zurückzuführen. Aber durch die Belehrung der nachheren Streikenden rebeten die Herren sich darauf in die Walle, daß Langut behauptete, der Schutz sei ein Unpuff, während Schult umgekehrt Langut als einen solchen bezeichnete. Auch versicherte der Herr Schult, daß der Betriebsleiter vor eben falls ein Unpuff sei. Dieser Vorgang, der gewiß das gute Einvernehmen der Beamten untereinander, und speziell die Stellung des Drehermeisters zum Betriebsleiter charakterisiert, hat sich in letzter Zeit wiederholt, im Weisem einer ganzen Anzahl unparteiischer Gäste abgepielt. Und solche Helben suchen und werben überal Streikbrecher, versorgen sie mit Logis und suchen so das Prestige der Firma zu wahren! Die öffentliche Meinung kann sich ein Bild machen, was die Arbeiter unter dem Regime solcher Leute haben aussehen müssen. Nach oben demütigt, nach unten höchst schneidig, das sind die Merkmale besonderer Beamtentüchtigkeit, und Herr Bayha preist sich glücklich, solche tüchtige Beamte zu besitzen. Aber auch der christliche Holzarbeiter Sch. sucht seine früheren Kollegen dadurch zu schädigen, daß er das Umwerben von Streikbrechern nach christlicher Schablone betreibt. Ein Dreher Kings, den die Firma früher aus dem „Delias“ gelockt hat, unter Versprechungen, die sie später nicht gehalten hat, so daß der betreffende wieder davon lief, hat es auch mit seiner Ehre vereinbaren können, seine alte Stellung zu verlassen, um bei Bayha Arbeitswilligendienste zu verrichten. Die Firma selbst gibt vor, keine Leute beschäftigen zu können, weil Mangel an Rohmaterial vorläge, und doch werden unter allerhand Versprechungen Leute gesucht und angeworben, um die Lücken der Streikenden auszufüllen. Für die Streikenden selbst stehen die Dinge nach wie vor günstig, wissen sie doch, daß sie für eine gerechte Sache kämpfen und solange kämpfen werden, bis Herr Bayha neben dem Rohmaterial auch noch manches andere ausgehen wird.

Köln-Kalf. Da von hiesigen Firmen sehr oft in auswärtigen Lokalitäten Arbeiter gesucht werden, halten wir es für angebracht, einmal etwas über hiesige Verhältnisse an das Licht zu fördern. In einer Mitgliederversammlung am 17. Januar brachte ein zugereister Kollege Mißstände von der Armaturenfabrik (Firma Steinhilber), Hauptstraße, zur Sprache. Die „Weltfirma“ beschäftigt neun Arbeiter und drei Lehrlinge. Der durchschnittliche Stundenlohn beträgt circa 32 Pf., das gilt so ziemlich für den ganzen Ort, in Akkord kann jedoch auch weniger verdient werden. Von circa 100 Familien sind etwa 99 zerbrochen, sie sind zum Teil mit Gassen verhängt. Viele Arbeiter bekommen von der Zugluft die Gesichtskreuzen. Bei etwas Kälte waren schon die Kasseelumen eingetroffen. Durch das Dach kann es regnen, so daß einmal der Support einer Drehbank morgens sechsgestunden war. Alle Wände sind voll Moß. Weiter spielt ein Sechzehnjähriger an der Dampfmaschine der Weizermaschinen. Es trat da der Fall ein, daß der Kessel zu voll Wasser gepumpt war, daß die Maschine stehen blieb. Der Kessel bekam also zu viel Wasser, hingegen Waschgelegenheit für die Arbeiter kennt man nicht. — Die Versammlung war übernacht vom Herrn Polizeikommissar, und es muß konstatiert werden, daß er schon am nächsten Tage die Revision selbst vornahm — ohne vorherige Anmeldung. Herr Steinhilber soll bei der Ankunft etwas bleich ausgesehen haben. Der Herr Kommissar soll nun die Mißstände schon gerügt haben, aber zu helfen scheint das nichts. Die Fenster sind noch ebenso undicht wie vorher und der Junge steht noch am Kessel. Das kommt alles daher, weil man die Gewerbeinspektion nie zu sehen bekommt. Dieser Prinzipal hat sich bei dem betreffenden Kollegen ironisch bedankt, worauf dieser auf die weitere „Gnade und Barmherzigkeit“ gern verzichtete. Ferner soll Herr Steinhilber geäußert haben, er werde sich hüten, wieder einen Fremden einzustellen. Er weiß auch warum. Denn in der Tat scheint auch das Gros der eingestellten Arbeitererschaft fast unrettbar dem Stumpfsinn verfallen. Wenn es einmal nicht mehr zum Anhalten ist, dann verlassen sie mit stolzer Miße die „Werkbude“, um nach längerer oder kürzerer Zeit die früheren Meister wieder um Arbeit anzubetteln. Wir möchten den jugendlichen Kalle Metallarbeitern dringend anraten, auch mit jedem Schritt einmal hinaus zu gehen. Es erweitert das den geistigen Blick und verschleudert den Sclavenjinn. Es ist doch zum Beispiel eine Ungeheuerlichkeit, daß hier eine vier- und fünfjährige Lehrzeit besteht. Wie können die Eltern solche Verträge eingehen? Freilich kann der einzelne dagegen nichts unternehmen. Da kann nur eine starke Organisation Wandel schaffen, und dazu muß der einzelne bereit sein, erst große Opfer zu bringen. Dann müssen bessere Zustände Platz greifen. Metallarbeiter von Kalf! Tretet zahlreich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei.

Meltingen. Unsere am 11. Februar abgehaltene Mitgliederversammlung beschäftigte sich eingehend mit dem Antrag des Vorstandes auf Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, wünschte jedoch, daß die Karenzzeit auf drei Tage herabgesetzt wird. Weiter sind wir aber der Meinung, daß es eine Ungerechtigkeit ist, die Erwerbslosenunterstützung, trotz erhöhtem Beitrag, gewissermaßen auf Kosten der reisenden Kollegen einzuführen. Wir wollen die Kollegen nicht zwingen, in jeder beliebigen „Werkbude“ Arbeit anzunehmen. Nun soll es anders werden. Unsere verheirateten ansässigen Kollegen bedanken sich auch, ihre ledigen und reisenden Kollegen mit gleicher Augen zu betrachten. Auch die schönen Worte des Kollegen Reichel auf der Breslauer Bezirkskonferenz, daß das Reisen heute keinen positiven Reiz verloren habe u. s. w. sind nicht geeignet, uns zu anderer Ansicht zu bekehren. Wollen wir, daß unsere reisenden Kollegen auf Gnade oder Ungnade entweder dem Unternehmertum oder der Polizei ausgeliefert werden? Am Griffe wird dies kein

Kollege wollen, daher verwerfen wir die Tendenz des Vorstandsantrags betreffs der reisenden Kollegen. — Es liegt im Interesse jeder demokratischen Institution, Vorlagen von höchst wichtiger Bedeutung vor das Forum des Volkes zur Abstimmung zu bringen. Daher haben wir beschloffen, neben anderem der Generalversammlung auch den Antrag auf Urabstimmung zu unterbreiten. — Wir geben uns der begründeten Hoffnung hin, zu unseren Ausführungen die Zustimmung vieler Verwaltungsstellen zu erhalten. — Für die Bergarbeiter erheben wir einen außerordentlichen Beitrag von 20 Pf. auf die Dauer von 4 Wochen. Von diesem Beschluß fassen wir die Kollegen, die an der Versammlung nicht teilgenommen, auf diesem Wege in Kenntnis.

Werbhol. Wir erachten es als unsere Pflicht, uns einmal in der Metallarbeiter-Zeitung mit den heftigen Arbeitsverhältnissen zu beschäftigen, da diese in manchen Betrieben viel zu wünschen übrig lassen. Die Behandlung durch die Unternehmer, besonders aber durch ihre Helfershelfer, die Herren Unterbeamten, ist eine schlechte. Ausdrücke wie: Lumpen und dergleichen sind an der Tagesordnung. Ja, sogar mit Schlägen wird oft gedroht, auch sind schon solche verabschiedet worden. Diese Methode scheint sich hauptsächlich auf dem Walzwerk von Thomé eingebürgert zu haben. Ist es doch schon vorgekommen, daß ein Meister einen Arbeiter prügelte; dieser Arbeiter hatte aber nicht die biblische Geduld, sondern er zahlte mit gleicher Münze heim. Ähnliche Fälle könnte man noch etliche aufzählen. Auch der Arbeitsraum läßt viel zu wünschen übrig. Der Belag des Bodens (der Straßen) läßt viel zu wünschen, denn es stehen oft Platten vor, so daß sich das Eisen daran stößt und aufsteigt, wodurch leicht Unfälle durch Verbrennen der Vormalzer passieren. Ebenso kann der Vormalzer durch das rasche Rückwärtsgehen zu Falle kommen. Die Vertuppelungen sind mit Draht befestigt anstatt mit einem reichen Bindemittel. Da das Umstellen der Walzen erfolgt, während sie im Gange sind, ist es leicht möglich, daß der Arbeiter durch die vorstehenden Enden des Drahtes erfaßt werden kann. Auch die Walze kann ihn beim Umstellen an einer Hand erfassen. Die einzelnen Walzen können nicht still gesetzt werden, sondern es muß erst die Betriebskraft abgestellt werden. Wird die Betriebskraft in Bewegung gesetzt, so wird im Walzraum kein Zeichen gegeben. Es muß deshalb noch wundernehmen, daß in diesem Betrieb nicht mehr Unfälle passieren. Die Wascheinrichtung besteht in einem Trug, in dem tagsüber die Zangen abgekühlt werden. Wir sind der Ansicht, daß hier unbedingt eine Badeeinrichtung am Platze wäre, damit sich die Arbeiter vom Schweiß und Schmutz reinigen könnten. Was die Lohnverhältnisse betrifft, so war früher die Bezahlung für Fluß, Guß und Stahl gleich, jetzt wird für Flußblech nur noch 50 Pf. per 1000 Kilogramm bezahlt, gegen 75 bis 80 Pf. von früher. Am 15. eines jeden Monats soll ausbezahlt werden und am 1. eines jeden Monats Abschlagszahlung erfolgen. Doch wird des öfteren erst am 18., ja sogar am 20. des Monats ausbezahlt und der Abschlag erfolgt öfter erst am 8., 5., ja sogar erst am 8. des Monats.

Schläger.

Rechnungen. Am Sonntag den 12. Februar referierte Kollege Müller aus Nürnberg über „Die Schlägerverhältnisse im allgemeinen“. Redner gab in ausführlicher Weise eine Schilderung des Schlägerberufs mit dem Hinweis auf die ständig wechselnde Geschäftslage. Die in den letzten Jahren stattgefundenen Streiks haben auf Kosten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Warenvorräte befristet, wodurch eine Besserung herbeigeführt wurde. In letzter Zeit sind aber schon wieder gewisse Fabrikanlagen daran, den Tarif zu kürzen, so in Fürth. Die dortigen Meister wollten diese Lohnreduzierung auf die Arbeiterschaft abwälzen, aber durch das energische Einschreiten der Tarifkommission wurde die angeforderte Reduzierung verhindert. An diesen Reduzierungen tragen gewisse Meister die Hauptlast, indem sie ihre Ware um billigeren Preis absetzen. Derselbe billige Angebot benötigt die Fabrikanten dann, um eine allgemeine Reduzierung vorzunehmen, obwohl sie sehr genau wissen, daß diese billige Ware nicht mehr wert ist. Redner bemerkte, für eine entsprechende Ware ist der gegenwärtige Tarif niemals zu hoch, entsprechende Ware ist einmal teuer, während billige Ware zweimal teuer ist. Zum Schlusse ermahnte Referent noch, fest zur Organisation zu halten und, um jeder Überproduktion vorzubeugen, die Arbeitszeitverkürzung im Auge zu behalten. Denn nur dann ist es möglich, unseren Beruf vor Schwankungen zu sichern.

Rundschau.

Reichstag.

18. bis 18. Februar. — Die erste Lesung der neuen Handelsverträge und der ihnen angehängten Viehseuchenkonventionen wurde erst am Montag den 14. Februar im Reichstag beendet und die Vorlagen einer Kommission übergeben. Die Regierung hatte sich das anders gedacht und gar nicht mit der Möglichkeit einer Kommissionsberatung gerechnet; das ging aus Erklärungen des Reichsschatzsekretärs v. Stengel in der Budgetkommission hervor, wo über den Einfuhrtermin des neuen Zolltarifs gesprochen wurde. Die Regierung hatte an den 1. Februar 1906 gedacht — sie muß die einjährige Kündigungsfrist innehalten —, muß jetzt aber schon mit dem 1. März oder gar 1. April 1906 rechnen. Welchen Zweck diese wesentliche durch die Kommissionsberatungen bedingte Verzögerung vom Standpunkt der Schutzgüter haben soll, ist nicht einzusehen; im Interesse unserer Industrie freilich begründen wir sie freudig. Nur kann schließlich jeder einzelne Tag des heutigen Zustandes angefaßt werden, der zu erwartenden erheblichen Schwankungen bedeutungsvoll werden. Die letzte Zeit vor dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs werden wir mit einer sehr erheblichen Vermehrung der Einfuhr, der sogenannten Vorverzollung, zu rechnen haben. Man darf gewiß sein, daß dabei auch die Unternehmer ihr Geschäft durch übermäßige Anspannung ihrer Arbeiter zu verbessern trachten werden. Die Organisationen tun jedenfalls gut, die kommenden Dinge recht sorgsam zu beachten.

Es kann nicht wundernehmen, daß die Agrarier in zwölfter Stunde ihr Einverständnis mit den Handelsverträgen erklärt haben. Sie haben ernsthaft nicht auf mehr gerechnet. Die Verträge garantieren ihnen auf zwölf Jahre die Nämlichkeit des Karbonatpreises; die Natronsalzpreise waren von Anfang an der reine Schwindel, um die banale Schöpfung der Korngölle nicht gar so stänzenmäßig werden zu lassen. Auf der anderen Seite begannen die Industriellen jetzt endlich zum Teil aufzuwachen — natürlich viel zu spät. Es muß ausdrücklich betont werden, daß die industriellen Unternehmer vielfach eine geradezu blinde Gleichgültigkeit gegen die Zollfragen an den Tag gelegt haben; obgleich man sie durch den Nachdruck auf das Existenz in ihrer Existenz bedroht werden, kommen sie erst jetzt mit eilenden Schritten an die Abgeordneten und bewegen Petitionswagen an das Parlament! Als es in zwei Reichstagswahlen 1896 und 1903 Zeit war, die agrarische Mehrheit aus dem Reichstag hinwegzuführen oder wenigstens an die Wand zu drücken — wo waren da diese Herren? Da ließen sie sich durch die allerbesseren Sozialdemokraten einjagen und halfen lieber den brutalsten Protzwerkern zum Siege, als daß sie einen roten Stimmzettel abgegeben hätten. Jetzt werden sie ja allmählich erkennen lernen, wer die eigentlichen „Anführer“ bei uns sind!

Zwei Ansprachen aus der bisherigen Rollbahn des Reichstags müssen noch festgehalten werden. Der erste ist die ärgerliche Mahnung des Reichstagspräsidenten v. Helldorf an einige Sozialdemokraten von der Rechten: „Sehen Sie die Zwischengänge. Sie halten damit nur das Geschäft an.“ Der andere stammt vom Landwirtschaftsminister v. Pöhlmann und bezog sich auf die Zerstörung des Grafen Bülow, er wurde für richtige Handhabung der Viehseuchenkonventionen gehalten; er leidet in seiner höchsten Schönheit. M. m. machen wir! Solche sind unendlich verwandt; die agrarischen Zollwächter besetzen ihre politische Macht zur Förderung ihres Geschäftes; die Regierung stellt sich demselben zur Verfügung, um am Stand

einer möglichst weitherzigen Auslegung gesetzlicher Bestimmungen dieses Geschäft noch zu verbessern. Die Viehseuchenkonventionen sind nichts als viehseuchen-konventionelle Lügen, Hilfsmittel zur Fleischverteuerung nach über die Wirkungen der erhöhten Zölle hinaus. Vom Standpunkt der Agrarier aus sind die Einfuhrerleichterungen ausländischen Schlachtwiehs durchaus „notwendig“; denn es läßt sich mit einem sehr hohen Grade von Wahrscheinlichkeit sagen, daß die Verteuerung des Brotes mit einer Verminderung des Fleischkonsums Hand in Hand gehen wird; würde also der Viehstand und die bisherige Einfuhr erhalten bleiben, so würden die Fleischpreise sinken, was doch — aus bekannten agrarischen Gründen — unter allen Umständen verhindert werden muß. Ja, die Agrarier sind vorjorgliche Leute! Mit einem wirklich erstaunlichen Aufwand von Scharfsinn haben sie sich durch Zölle, Liebesgaben, direkte Unterstützungen, staatliche Förderung ihrer Genossenschaftswesen, pseudo-familäre Vorschriften, Steuererleichterungen großen Stils das ganze Volk tributpflichtig gemacht; rechnet man dazu die indirekten Vorteile einer sicheren Anwartschaft auf die bestdotierten Stellen in Armee, Marine und Zivilstaatsdienst, so wird man erst inne, wie diese Klasse am Marke der Nation zehrt. Dabei haben wir die kleineren Mittel der Verteuerung gar nicht in Rechnung gestellt, und deren gibt es doch sehr interessante: Nehmen wir an, X kauft das Gut Y für zwei Millionen Mark; er kann es bis etwa 60 Prozent des Gesamtwertes beleihen, also 1,2 Millionen Mark Hypotheken aufnehmen; diese erhält er von ritterschaftlichen Kreditanstalten und staatlichen Sparkassen zu durchschnittlich 3 1/2 Prozent, macht 52000 Mk. Zinsen im Jahre. Wenn nun X die erborgten 1 1/2 Millionen in sehr sicheren Industriepapieren anlegt, dann bringen sie ihm mindestens 6 1/2 bis 6 Prozent Zinsen = 77500 bis 90000 Mk. Zinsen; abzüglich der 52000 Mk. Zinsen gibt einen Überschuß von 25000 bis 38000 Mk. pro Jahr. Es soll Arbeiterfamilien geben, die nicht so viel zu verzehren haben! Das in der Weise, wie wir es hier an einem schematischen Beispiel angebeutet haben, wirklich operiert wird, weiß jeder Kenner der Verhältnisse unseres Großgrundbesitzes. Um dies und andere Geschäfte im großen treiben und dadurch lukrativer gestalten zu können, deshalb sind die Agrarier auch so sehr auf die Erhöhung ihrer Rente durch die Korngölle erpicht.

Die Zeit, in der die Komödie der Kommissionsberatung der Handelsverträge — bei der mitspielen die Gegner, wie gesagt, ernste Gründe hatten — ausgeführt wurde, machte das Plenum des Reichstags blau. Am Samstag besaß es sich dann noch einmal mit dem Toleranzantrag des Zentrums. Gleichzeitig mit der Handelsvertragskommission tagte in Gera die Budgetkommission. Gerade als ob es noch einen einzigen Menschen gäbe, der zu glauben wagte, der Reichstag könne den Etat rechtzeitig vor dem 1. April 1906 fertigstellen! In Wirklichkeit würden selbst Nachtstiftungen des Parlamentes die Folgen der bewußt antiparlamentarischen Politik Bülows nicht aus der Welt schaffen können.

Die Eisenwerk-Kommission der Bergarbeiter

erläßt folgenden Aufruf: Der Generalstreik der Ruhrbergleute ist durch Beschluß der Essener Revierkonferenz abgebrochen worden, gegen heftigen, teilweise leidenschaftlichen Widerspruch der Kämpfer. Wir waren auf den Widerspruch gefaßt, wenn wir auch nicht glaubten, daß sich an einigen Orten die Erregung über den Kampfabbruch so leidenschaftlich äußern würde. Jedoch, die Proteste gegen den Kampfabbruch beweisen jedenfalls, daß die Zechenbesitzer keine geschlagene, kampfesunlustige Arbeiterarmee gegen sich haben, sondern, daß, wenn der Aufruf zur Wiederaufnahme des Kampfes ertönt, die Massen wieder einmütig auf den Plan treten. Die Ruhrbergleute sind nicht besorgt, sondern sind bereit, wenn nötig, aufs neue den Generalstreik zu beginnen. Wir wünschen, daß dies nicht nötig ist, da uns wohl bekannt ist, wie schwer die Bunden sind, die ein großer Streik dem Gemeinwesen schlägt. Die ganze Volkswirtschaft kommt brach zu liegen, nicht nur die Streikenden, sondern viele zehntausende Handwerker, Kaufleute und Landwirte müssen ganz oder größtenteils auf ihre Einnahmen verzichten. Bankrott und Berarmung drohen überall; schließlich legt ein langer dauernder Bergarbeiterstreik auch die sämtlichen Fabriken lahm, schafft weitere hunderttausend erwerbsloser Arbeiter. Auch mit Rücksicht auf das Allgemeinwohl haben wir den Streik abgebrochen und in der Hoffnung, die Regierung wird durch das angeforderte Gesetz den Bergleuten der Vergleute gründlich Rechnung tragen. Wenn das jetzt wieder nicht geschieht, wäre das Vertrauen zu Regierungsvorparierungen im Volke total zerstört. Wir bitten die ganze Bürgererschaft, mit ihrer Sympathie auf der Seite der Bergleute zu bleiben, so daß die Regierung auch sieht, daß die so stark öffentliche Meinung nunmehr energische Gesetze für den Bergarbeiterstreik verlangt. Alle Volksgenossen rufen wir auf, nach dieser Richtung zu wirken, damit ein neuer gewaltiger Streik uns erspart bleibt.

Unmittelbar ist der Streik abgebrochen worden, weil trotz großer Opferwilligkeit besonders der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und der Bürgererschaft lange nicht die Mittel aufgebracht wurden, die nötig sind, um 200000 Streikende nebst Familien zu unterstützen. Wir konnten das Geld in den Arbeiterfamilien nicht noch größer anwachsen lassen, zumal wir einfach, daß nicht rechtzeitig genug Hilfsmittel einliefen. Man kann leicht sagen: es muß weitergestreift werden; aber wenn die Führung einzieht, daß der Hunger doch bald lautende zur Zehre treiben muß, dann ist es Pflicht der Führer, rechtzeitig ein Ende zu machen, so schwer es auch fällt. Und es ist uns allen schwer geworden! Unser gerechter Zorn trieb uns zum Weiterstreifen, aber die fühle Vernunft riet ab. Das werden auch bald alle Kameraden als richtig anerkennen.

Nun die Arbeit wieder aufgenommen, können aus technischen Gründen zunächst viele tausend Bergleute noch nicht anfahren. Wie viele davon gemappelt sind, sieht noch nicht fest, aber die Zahl ist nicht gering. Die betreffenden Zechenverwaltungen glauben „edel“ zu handeln, wenn sie rachsüchtig Familienväter auf die Straße setzen. Hätte sich der Streik noch länger hingezogen, dann wäre die Zahl der Gemappelten noch größer, denn der Bergbauliche Verein erklärte immer wieder, nicht mit uns zu verhandeln. Man sieht, soweit ist es schon gekommen, daß ein paar Duzend Millionäre über das Wohl und Wehe unseres Volkes entscheiden.

Da die Bürgererschaft uns während des großen Kampfes zur Seite stand, hoffen wir, daß sie die notleidenden Bergarbeiterfamilien weiter unterstützen. Zunächst bedürfen die Laufende noch nicht Angefahrter dringend der Erlösungsmittel, da sie völlig mittellos sind, dann aber erhalten die Wiederangefahrenen erst nach Wochen den ersten Lohn. Sie bedürfen daher des weitgehenden Kredits von der Geschäftswelt. Zur Unterstützung der Gemappelten sind noch weitaus bedeutende Summen nötig, die von den Organisationen allein nicht so schnell aufgebracht werden können. Darum bitten wir alle Doktrinierenden, mit ihren Empfehlungen gütigst fortfahren zu wollen, Gelder und etwaige Naturalleistungen auch ferner an unsere Zentralstellen gelangen zu lassen. Zur Entgegennahme von Gaben hält sich stets bereit der Hauptkassierer Paul Horn, Bochum, Rheinlandstraße 40 (Verband). Wir bitten alle Geber, den Notleidenden beizustimmen; auch die kleinsten Gaben sind willkommen. Für alle uns gebende Hilfe sagen wir den Gebern im Namen unserer Kameraden herzlichsten Dank und sind sicher, die Bergleute werden die Hilfreichen nicht vergessen, wenn die Zeit der Not vorüber ist.

Städtischer Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Für den vom Montag den 22. bis 27. Mai im Gürzenich-Saal in Köln a. Rh. stattfindenden Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wurde von der Generalkommission folgende vorläufige Tagesordnung aufgestellt:

1. Entscheidung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionsmitglieder, Prüfung der Mandate u. s. w.).
2. Nebenberufliche Bericht der Generalkommission und Beratung der Anträge betreffend:
 - a) Allgemeine Agitation;
 - b) Agitation unter den Arbeiterinnen;
 - c) Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern;

- d) Streikunterstützung und Streikstatistik;
 - e) Heimarbeit;
 - f) Befreiung des Kost- und Logiszwangs beim Arbeitgeber;
 - g) „Correspondenzblatt“.
3. Bericht über das Zentral-Arbeitersekretariat und Beratung der darauf bezüglichen Anträge.
 4. Die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik.
 5. Die Gewerkschaften und die Waise.
 6. Gewerkschaften und Genossenschaften.
 7. Die Aufgaben der Gewerkschaftsarbeit in der Gewerkschaftsorganisation.
 8. Die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft in Arbeitskammern oder Arbeiterkammern.
 9. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Anträge zur Tagesordnung, oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 8. April 1906 an die Generalkommission einzuliefern. Sämtliche bis dahin eingegangene Anträge werden im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Gegen die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung.

Nach dem alten Unfallversicherungsgesetz war für eine ganze Provinz nur ein Schiedsgericht errichtet und kam es vor, daß die Verletzten allein an Fratzgeld 10 bis 20 Mark auszugeben hatten, wenn sie persönlich den Termin wahrnehmen wollten, um ihre Rechte zu mahnen. Durch das neue Gesetz ist eine Besserung eingetreten, die speziell von den armen Verletzten begrüßt wurde. In einer Provinz befinden sich jetzt oft mehrere Schiedsgerichte und ist es daher den Verletzten eher möglich zum Termin zu fahren. Wie oft werden die Verletzten ihre ganze Hoffnung auf diese Termine und wollen persönlich die Richter von dem wirklichen Zustand der Verletzung überzeugen, die man nach den trockenen Gutachten der Vertrauensärzte doch nie richtig schätzen kann. Dies gefällt natürlich den mächtigen Berufsgenossenschaften gar nicht und ärgerlich dreht sich oft der Vertreter derselben herum, wenn bei dem Aufruf der Sache der Verletzte selbst erscheint und seine arg verstümmelte Hand „auf den Tisch des Hauses legt“. Manche schneidige Rede wurde da auch der Oberscharfmacher des Baugewerbes, Herr Felisch, am 10. Februar 1905 in seiner Rede im preussischen Zunftparlament deutlich Ausdruck. Es heißt darüber:

Herr Felisch (Konf.) wendet sich gegen die Verfeinerung der Schiedsgerichtsbezirke für die Arbeiterversicherung. Früher hätten sich die Bezirke über die ganze Provinz erstreckt, während sie jetzt für die einzelnen Regierungsbezirke gebildet würden. Dadurch würden an die Berufsgenossenschaften so hohe Ansprüche in bezug auf Vertretungen beim Schiedsgericht gestellt, daß kleinere Berufsgenossenschaften sich vielfach gar nicht vertreten lassen könnten. Weil also die Berufsgenossenschaften mehr Arbeit dadurch haben, sollen die Verletzten darunter leiden und sehnt man sich nach dem alten Zustand zurück, damit ja höchst selten ein Kläger im Termin persönlich erscheinen kann. Natürlich erhob sich sofort ein Regierungskommissar und erklärte, daß es wohl Sache des Reiches sei, da es sich um eine Reichsgesetzgebung handle, gab aber die Versicherung ab, daß „der Minister bereits an der zuständigen Stelle auf Mängel auf diesem Gebiet aufmerksam gemacht habe“!! Also, „Mängel“ sind bereits da? Aufgepaßt!

Preiswettbewerb zur Bekämpfung der Bleigefahr.

Im Auftrag der Internationalen Vereinigung für gefahrlichen Arbeiterschutz erläßt das Internationale Arbeitsamt in Basel ein Preiswettbewerb. Danach sollen zuerkannt werden:

1. Ein Preis von 5000 Mk. für die beste Schrift über die Befreiung der Bleigefahren bei der Förderung und Aufbereitung von Bleierzen und bleihaltigen Erzen.
2. Ein Preis von 10000 Mk. für die beste Schrift über die Befreiung der Bleigefahren in Bleihütten.
3. Zwei Preise, und zwar: ein erster Preis von 2500 Mk., ein zweiter Preis von 1500 Mk. für die besten Schriften über die Befreiung der Bleigefahren bei der chemischen Verwendung von Blei in Bleifarbenwerken, Akkumulatorenfabriken und dergleichen.
4. Vier Preise, und zwar: ein erster Preis von 1500 Mk., ein zweiter Preis von 1000 Mk., zwei dritte Preise von je 750 Mk. für die besten Schriften über die Vermeidung der Bleigefahr im Gewerbe der Anstreicher, Maler, Lackierer und dergleichen.
5. Vier Preise, und zwar: ein erster Preis von 1500 Mk., ein zweiter Preis von 1000 Mk., zwei dritte Preise von je 750 Mk. für die besten Schriften über die Befreiung der Bleigefahr in Gewerben, in denen Blei und Bleifarben in großem Maße zum Verbrauch gelangen, wie in Schriftgießereien und Buchdruckereien.

Alle Zuschriften sind an das Internationale Arbeitsamt in Basel zu richten.

Nachspiele zum Cannstatter Streik.

Die Arbeiter von vier Cannstatter Metallwarenfabriken stellten bekanntlich im September vorigen Jahres Forderungen an die Unternehmer, die sie schriftlich einbrachten. Sie erklärten sich zugleich zu Verhandlungen darüber bereit. Vom 1. Oktober an sollte unter den neuen Bedingungen gearbeitet werden. Es hatte auch den Anschein, als ob die ganze Angelegenheit auf friedlichem Wege erledigt werden würde, denn am 27. September ließ Fabrikant Haaga den Bevollmächtigten Schloß der Verwaltungsjahre Kamnitzer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu sich rufen. Bei der Unterredung im Kontor Haagas war dessen Bruder und Fabrikant Nathan anwesend. Die Fabrikanten zeigten sich Verhandlungen nicht abgeneigt, sie erkundigten sich, wer etwa dazu beigezogen wurde, suchten dann aber um Aufschub bis 15. Oktober nach, da die Firma Haaga „vor der Inventur stehe“. Aus der ganzen Unterredung gewann Kollege Schloß den Eindruck, daß die Fabrikanten verhandeln würden und er trat bei den Arbeitern dafür ein, die Frist von 14 Tagen zu gewähren. Die Kommission zu Verhandlungen wurde gewählt und am 5. Oktober Anzeige davon gemacht. Als aber bis zum 14. Oktober von den Fabrikanten kein Lebenszeichen gegeben wurde, berief Schloß eine Versammlung, zu der er die Arbeiter durch ein an den Fabrikanten verwickeltes Zirkular einlud. In dem Zirkular wurde das Verhalten der Fabrikanten — Schloß hatte inzwischen unter der Hand erfahren, daß die Fabrikanten dem Metallindustriellen-Verband beigetreten seien, der Verhandlungen mit organisierten Arbeitern verbietet — als „schöpel“ und „hinterlistig“ bezeichnet, auch wurde der Ausdruck „hochmütiges Unternehmertum“ gebraucht. Am 15. Oktober ließ dann bei Schloß ein vom 14. Oktober datiertes Schreiben der Fabrikanten ein, worin sie die gestellten Forderungen ablehnten und anzeigten, daß sie dem Verband der Metallindustriellen beigetreten, somit nicht in der Lage seien, zu verhandeln. — Wegen der angegebenen, in der Versammlungseinladung enthaltenen Ausdrücke fühlten sich nun die Fabrikanten Haaga und Nathan beleidigt und stellten Strafantrag gegen Schloß. Die Staatsanwaltschaft erhob öffentliche Klage, so daß die „Beleidigten“ in ihrer eigenen Sache zum Zeugeneid zugelassen werden konnten. Aus dem Gange der ganzen Verhandlung am Schöffengericht Cannstatt ist aber für jeden Einsichtigen klar hervorgegangen, daß die Fabrikanten die Fristverlängerung aus anderen als den angegebenen Gründen verlangten. Denn Haaga hatte trotz der „Inventur“ Zeit, im Lande herumzureisen und seine Kollegen zum Anschluß an den Verband der Metallindustriellen zu bewegen. Er mußte dies auch auf Befragen zugeben, ebenso, daß er von dem Inhalt des Statuts des Metallindustriellen-Verbandes, das Verhandlungen mit organisierten Arbeitern ausschließt, Kenntnis gehabt hat. Und Nathan mußte zugeben, daß er die Frist benötigt habe, mit seinen Kunden Abmachungen wegen verlängerten Lieferfristen zu treffen. Beide aber behaupteten auf ihren Eid hin, daß sie Schloß Verhandlungen nicht zugeagt hätten. — Der Staatsanwalt hielt die Anklage unrichtig, seine Argumente waren aber recht schwach. Der Verteidiger des Angeklagten, Herr Dr. Schweitzer aus Stuttgart, kritisierte die Handlungsweise der Unternehmer aufs schärfste und wies nach, daß die abgedruckten Ausdrücke im

